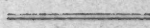


Beiträge zur Geschichte der Juden in Bayern



I.

Die bayerischen Parlamentarier
jüdischen Glaubens.



Von
Dr. A. Eckstein.

BAMBERG

Verlag und Druck der Handels-Druckerei.

My

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
189703
ACQUISITION AND
THRU OUTLINES.
1903

Vorbemerkung.

Wenn ich die nachfolgenden Aufsätze, welche bereits in den Jahrgängen 1901—1902 der Zeitschrift „Im Deutschen Reich“ abgedruckt waren, nochmals als Einzelschrift und zugleich als I. Heft einer Serie von Arbeiten, die ich als Beiträge zur Geschichte der Juden in Bayern herauszugeben die Absicht habe, erscheinen lasse, so geschieht es in der vielleicht nicht unberechtigten Hoffnung, dass dieselben nicht bloss einen historischen Wert beanspruchen dürfen, sondern auch eine apologetische Wirkung auf unparteiische Leser üben könnten.

Ich begleite sie darum mit dem Wunsche in die Oeffentlichkeit, dass sie beitragen mögen, die Geister des Vorurteils zu bannen und zu überwinden.

B a m b e r g, September 1902.

Der Verfasser.

Stekert Hal. 18/03 # 142 bldg. 35c

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorbennerkung	3
Einleitung	5
I. Dr. Fischel Arnheim	7
II. Dr. David Morgenstern	17
III. Justizrat Wolf Frankenburg	23
IV. Simon Levi	34
V. Hofrat Siegmund v. Henle	36
VI. Justizrat Wolfg. Gunzenhäuser	38
VII. Kommerzienrat Carl Maison	40
Schlusswort	45

Einleitung.

Die bayerischen Parlamentarier jüdischen Glaubens, deren Wirken im Dienste des Vaterlandes nachfolgend dargestellt werden soll, stehen an so hervorragender Stelle auch im Kampfe für das Recht ihrer Glaubensgenossen, dass es zur Orientierung des Lesers erforderlich oder wenigstens empfehlenswert erscheint, einige geschichtliche Mitteilungen über den staatsbürgerlichen Zustand und die rechtliche Lage der Israeliten in Bayern bis zu dem Zeitpunkte, wo die ersten Volksvertreter jüdischer Konfession im Landtage erscheinen, vorzuschicken. Mit dem Entstehen eines Königreiches Bayern beginnt auch für die Israeliten desselben eine neue Zeit und der Anfang einer Entwicklung, die bis zum heutigen Tage noch nicht abgeschlossen ist. Wir wollen gleich hinzufügen, dass der Anstoss zu dieser in ihren segensreichen Folgen unabsehbaren Entwicklung dem Anscheine nach von der Krone selbst gegeben wurde. Hatte doch Maximilian Josef schon als Kurfürst in einem anfangs 1802 an das General-Landesdirektorium gerichteten Erlass die Absicht ausgesprochen, auch den Verhältnissen der Israeliten seines Landes eine Einrichtung geben zu wollen, durch welche sie allmählich zu nützlichen Staatsbürgern erzogen würden. Die Verwirklichung dieser vom Geiste der Neuzeit eingegebenen Absicht wurde allerdings lange durch die Notwendigkeit verzögert, die Verhältnisse der am Anfang des 19. Jahrhunderts neu zugefallenen Gebietsteile mit ihrer zahlreichen israelitischen Bevölkerung zu studieren, um unter Aufhebung der für die Israeliten in den ehemaligen Zwergstaaten geltend gewesenen Partikularrechte ein Gemeinsames zu schaffen, eine Grundlage für den Bau der Zukunft.

Die mit diesem Studium beauftragte Ministerial-Polizeisektion kam zu dem Ergebnis, dass halbe Massregeln nichts helfen, vielmehr der moderne Staat sich kein anderes Ziel setzen dürfe, als auf dem Wege und durch das Mittel bloss vorbereitender Verfügungen allmählich die völlige und bedingungslose Erhebung der Israeliten auf den Boden der Gleichheit mit den christlichen Bürgern zu bewirken. Länger als ein halbes Jahrhundert erhielt sich die Weisheit der halben Massregeln und der bloss vorbereitenden Verfügungen. Das älteste Produkt dieser Weisheit ist das Edikt vom 10. Juni 1813.¹

¹) Vergl. Die staatskirchenrechtliche Stellung der Israeliten in Bayern von Heimberger, S. 11 ff. und Achawa, Jahrbuch für 1865, S. 112 ff.

Das Edikt, betreffend die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen in Bayern, geboren aus dem Vorurteil, dass in den religiösen Einrichtungen des Judentums wesentliche Gebrechen und Mängel enthalten seien, welche die Anhänger desselben des vollen Genusses der bürgerlichen Rechte nicht fähig erscheinen lassen, steht an der Grenze zweier Zeiten und lässt die Merkmale beider in den inneren Widersprüchen seiner 34 Paragraphen erkennen.²

Man sieht es dem Gesetzgeber an, dass er mit dem Verstande sich nicht mehr den Forderungen der Neuzeit verschliessen und mit seinem Herzen sich noch nicht losmachen konnte von den angeerbten Gewohnheiten und den überkommenen Vorurteilen des Mittelalters. Von dieser Unentschiedenheit des Bewusstseins beherrscht, verwandelte das Judenedikt die ehemaligen Schutzjuden in Freigelassene, denen man zwar die Gefängnistüren geöffnet, aber die Hoftore noch verschlossen hält, ein Zustand, den man bald als für die Dauer unhaltbar erkennen musste, der sich aber trotzdem durch die Einwirkungen der Reaktion, die auch in Bayern zum herrschenden System wurde, länger erhielt, als ursprünglich beabsichtigt. Jedenfalls war durch das Edikt, wenn auch ein gemilderter Ausnahmezustand bestehen blieb, an welchem auch die Staatsverfassung Bayerns vom Jahre 1818 trotz der darin ausgesprochenen „Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetze“ nichts geändert hat, eine klaffende Bresche gelegt in den brüchig gewordenen Turm der mittelalterlichen Verfassung, und es konnte nicht ausbleiben, dass in der Folgezeit von diesem Turme ein Stein nach dem andern abstürzte und durch einzelne gesetzgeberische Akte abgetragen wurde. Einen von den grössten Steinen des Anstosses räumte das Gesetz vom 4. Juni 1848 aus dem Wege, durch welches auch den Juden die aktive und passive Wahlfähigkeit zum Landtagsabgeordneten gewährt wurde. Wie sehr es an der Zeit war, den Eintritt in die gesetzgebende Versammlung als unabhängig vom Glaubensbekenntnis zu erklären, und wie sehr auch die Israeliten des Landes sich bereits der höchsten Ehre würdig gemacht hatten, die dem Manne aus dem Volke werden kann, beweist die Tatsache, dass gleich aus der ersten Wahl, die im Spätjahre 1848 auf Grund der neuen freiheitlichen Wahlordnung vorgenommen wurde, zwei Israeliten als Vertrauensmänner und Abgeordnete des Volkes hervorgingen, darunter einer als Vertreter des Wahlkreises Hof-Münchberg, in welchem damals noch kein einziger Jude wohnte. Von diesem soll zunächst die Rede sein.

² Vergl. Aretin's Geschichte der Juden in Bayern, S. 98.

I.

Dr. Fischel Arnheim (1812—1864).¹

Schon frühzeitig standen die aus der Gegend des Fichtelgebirges stammenden Israeliten, die Bewohner der Gebirgsstädte, im Rufe grösserer Aufgeklärtheit und Intelligenz, weil früher als anderswo in Bayern in den jüdischen Kreisen der nordöstlichen Ecke von Franken ein starkes erfolgreiches Streben nach neuzeitlicher Bildung sich geltend machte. Dies gilt besonders von Bayreuth, einer Gemeinde, aus welcher eine unverhältnismässige Anzahl von Männern hervorgegangen, die sich einen Namen von gutem Klang erworben haben. Der hervorragendste dieser Männer war der am 23. Februar 1812 als einziger Sohn fromm gesinnter, aber modern denkender Eltern geborene F. Arnheim, der in seiner Jugend sowohl in den Elementen allgemeiner Bildung als auch noch in Bibel und Talmud von tüchtigen Hauslehrern, insbesondere von Dr. M. Dreifuss, später Landesrabbiner in Meiningen, einen gründlichen Unterricht erhielt.² Den Erwartungen der Eltern, die ihn für den Kaufmannsstand und zur Uebernahme des väterlichen Geschäftserbes bestimmt hatten, mochte es vielleicht weniger entsprechen haben, dass der Jüngling sich durch eigene Kraft soviel Wissen der klassischen Sprachen erworben, dass er im 17. Lebensjahre die Eintrittsprüfung für die Oberklasse des Gymnasiums bestehen konnte. Nach absolviertem Studium der Rechtswissenschaft brachte ihm erst das Jahr 1848 die damals noch erforderliche Ernennung der Staatsregierung zum kgl. Advokaten in Naila im Voigtlande, von wo er bald darauf nach seiner Vaterstadt übersiedelte. Wie gross muss die Berufstüchtigkeit und Geschäftsgewandtheit des Mannes gewesen sein, und wie sehr muss er es verstanden haben, durch seinen mit Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit des Wesens gepaarten Eifer in Vertretung der ihm anvertrauten Interessen sich das allgemeine Vertrauen zu erwerben, wenn ein völlig „judenreiner“ Wahlkreis dem noch Unbekannten, der erst ein Jahr als Anwalt praktizierte und zum Spielen einer Aufsehen erregenden Rolle weder die Neigung noch die Qualifikation hatte, das Mandat eines Ab-

¹) Vgl. die stenographischen Berichte der bayr. Landtagsverhandlungen und „Zeitung des Judentums“ 1868 S. 57.

²) In Akten d. J. 1828 zeichnet ein Arnheim, jedenfalls Vater des Abgeordneten, als Monatsdeputierter der Kultusgemeinde.

geordneten übertrug und bei jedem folgenden Wahlgange bis zu seinem rasch und frühzeitig erfolgten Tode erneuerte. Und in der Tat, dieses Vertrauen des Volkes hat er durch seine Haltung und durch sein Wirken in der Kammer vollauf gerechtfertigt und verdient.

Was bei diesem ersten Repräsentanten des Judentums, den man in der bayer. Abgeordnetenversammlung zu sehen und zu hören bekam, damals am meisten auffallen musste, das war die echt deutsche oder richtiger bayrisch-deutsche Gesinnung, die der Neuling auf dem Kampfplatze der Politik in echt deutscher Rede, frei von allem Wortschmuck und mit Vermeidung von allen Abschweifungen und Pikanterien, mit Ruhe und Sachlichkeit an den Tag legte. Die Zeit, die man die „tolle“ nennt, war ja bei Eröffnung des Parlaments vom Jahre 1849 noch nicht vorbei, und noch züngelten aus der Asche die kaum gedämpften Flammen der Leidenschaften (Vgl. Hans Blumm: Deutsche Revolution, S. 411 ff.). Arnheim hielt sich fern von allen Extremen und neigte zur gemässigten Richtung.³ Wohl waren die Grundrechte der Frankfurter Nationalversammlung auch für ihn ein unantastbares Heiligtum, das er (z. B. in seinem Antrage auf Abschaffung der Todesstrafe) energisch verteidigte. Dennoch aber kann er den bayerischen Partikularisten nicht verleugnen, der vor der Hegemonie Preussens die warnende Stimme erhebt und mit entschiedener Vorliebe für die Politik der Habsburger die Selbstständigkeit seines engeren Vaterlandes erhalten wissen will.

Ein Mann des Freisinns, wenn auch nach seiner eigenen Erklärung kein Doktrinär, der auf ein programmatisches Bekenntnis eingeschworen sich einseitig auf einen Parteistandpunkt stellen würde, sehen wir Arnheim überall in die Schranken treten, wo es sich um die Freiheit handelte, so für die Trennung der Justiz von der Verwaltung, so für das allgemeine Wahlrecht und gegen das ständische Prinzip, so für die Unabhängigkeit der Presse vom Gängelbände polizeilicher Bevormundung, und 1852 hatte er den Mut, die Abschaffung einer Anzahl von bayerischen Gesandtschaften im Auslande zu beantragen, was ihm von seiten des Ministerpräsidenten den von ihm mit Entrüstung zurückgewiesenen Vorwurf republikanischer Gelüste eintrug. Aber im allgemeinen war die Politik dasjenige Gebiet, auf dem Arnheim sich nicht heimisch fühlte und auf das er sich nur ungern vorwagte oder herausfordern liess.

Arnheim war dagegen anerkannt einer der ausgezeichnetsten Juristen der bayer. Abgeordnetenversammlung. Wo es sich

³) Daher das Epigramm, das auf ihn gemünzt wurde: „Herr Dr. Arnheim — Fischel, von rechts und links ein sanft Gemischel.“

um Fachfragen handelte, da war seine Domäne, da entwickelte sich seine herrliche Begabung, da glänzte er durch seine bewundernswerte Kenntnis der zahlreichen bayerischen Partikularrechte, wie der ausländischen Gesetzessammlungen, da erhob er sich durch Scharfsinn der Untersuchung zur Meisterschaft. Was an ihm mehr noch als die Beherrschung des Details zur Anerkennung zwingt, das ist die Fähigkeit, für die Materie der Beratung die höheren und allgemeineren Gesichtspunkte ausfindig zu machen und sie, nachdem sie auseinandergelegt, zur Form des Begriffs zusammenzufassen; das ist die Eigenschaft, ich möchte sagen, mit talmudischer Dialektik die möglichen Fälle, die sich aus einer Prämisse ergeben könnten, im voraus klarzusehen und klarzulegen. Durch seine zahlreichen aus den Bedürfnissen der Praxis geschöpften Anträge hat Arnheim bisweilen die ganze Debatte wie ein Kreuzfeuer auf sich gezogen. Seine zahlreichen Referate, aus denen nur dasjenige über die deutsche Wechselordnung, das erste allgemeine deutsche Gesetz, das seit Auflösung des Reiches zur Einführung gelangte, hervorgehoben sei, waren ein Muster von Klarheit und Gründlichkeit, wie seine schriftlichen Arbeiten gelehrte Abhandlungen sind, welche wichtige Beiträge enthalten zur Auslegung der beschlossenen Gesetze. Ich möchte ihn darum den *L a s k e r* der bayerischen Abgeordnetenversammlung nennen, einen Baumeister am Werke der Gesetzgebung, dessen Begabung und hervorragende Arbeitskraft auch von der Kammer durch seine Wahl in den Gesetzgebungsausschuss zur Vorberatung der Entwürfe der Zivilprozessordnung und des Zivilgesetzbuches anerkannt wurde. Die Gemeindegemeinden der Stadt Hof ernannten ihn „in Würdigung und zur Verdankung seiner ausgezeichneten Verdienste, welche er sich seit einer Reihe von Jahren um das Wohl der Gemeinde erworben“, zu ihrem Ehrenbürger und widmeten ihm eine prachtvoll ausgestattete Urkunde, die ihm von einer Deputation der Stadt in München überreicht wurde.

Dass ein solcher Mann auch zur Förderung seiner Glaubensgenossen ein gewichtiges Wort in die Wagschale werfen konnte, liegt auf der Hand. Und er hatte den Willen und die Gelegenheit dazu. Zu den edelsten Früchten, welche die Stürme des Revolutionsjahres zur Reife gebracht, gehörte die Befreiung der deutschen Israeliten aus dem Zustande vielhundertjähriger Rechtlosigkeit. Auch in Bayern wurde vom Throne herab in einer Proklamation vom 6. März 1849 u. a. ein Gesetz verheissen zur Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten. Dieses Versprechen löste die Regierung durch eine Gesetzesvorlage ein, die den Wortlaut hatte: „Den israelitischen Staatsangehörigen stehen fortan im ganzen Umfange des Königsreichs bei gleichen Pflichten

auch gleiche staatsbürgerliche (politische) und bürgerliche Rechte mit den christlichen Staatseinwohnern zu“. Dass die Regierung selbst nur mit dem halben Herzen bei dieser Erfüllung der königlichen Zusage war, geht aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten hervor, in welcher derselbe das grosse Wort gelassen aussprach: „Ich glaube an keine Reform des Judentums, die eine andere ist als ein Uebergang zum Christentum“! Die öffentliche Meinung vollends liess sich mobil machen und marschierte trotz des Freiheitsrummels gegen das Judentum. Nicht weniger als 600 Petitionen gegen, die meisten aus den Bauerngemeinden von Altbayern, wo gar keine Juden wohnten, und nur 4 für die Judenemanzipation sind damals bei der Kammer der Reichsräte eingelaufen. Dass bei solcher Ungetheiltheit der öffentlichen Meinung die Kammer der Abgeordneten, die im Jahre 1831 einen aus ihrer Mitte gekommenen Antrag für Judenemanzipation einstimmig votiert hatte,⁴ jetzt mindestens geteilter Meinung sein würde, war zu erwarten. Bei der Debatte, die sich über die bezügliche Regierungsvorlage erhob, wollte Arnheim sich schweigend verhalten, weil er der Ansicht war, die Judenfrage sei eine Kulturfrage, die nicht von den Juden gelöst werden kann und soll. Als aber im Laufe der Debatte wieder einmal der Talmud als Zielscheibe von Angriffen erhalten musste, ergriff Arnheim am 11. Dezember 1849 das Wort zu folgender Erklärung:

„Es ist gestern, meine Herren, und auch heute des Talmuds mehrfach gedacht worden; ich kann voraussetzen, dass in dieser hohen Versammlung sich sehr wenige befinden, die sich mit dem Studium desselben wirklich beschäftigt haben, und es könnten sich daher sehr leicht irrige Begriffe einschleichen. Zufällig bin ich einer von den wenigen Juden, die sich mit diesem Studium wirklich beschäftigt haben; ich habe 10—12 Jahre darauf verwendet und glaube, mit einigen Rechte behaupten zu dürfen, dass die Anklagen, welche gestern und heute aus dem Talmud und aus talmudischen Schriften hergeleitet worden sind, entweder auf Irrtum beruhen oder an sich nicht wahr sind“. Nun hält Arnheim einen Vortrag über den Talmud, indem er geltend macht: So wenig als der Herr Vorredner die Ansichten irgend eines christlichen Theologen als Lehre des Christentums gelten lassen wird, lasse ich die Ansichten irgend eines Rabbinen als die des Judentums gelten. Was würde man dazu sagen, wollte man das Christentum verantwortlich machen für den in die Rechtsbücher übergegangenen Satz: Haereticis non est servanda fides? Ebenso wenig dürfe man für gehässige Ansichten irgend eines Rabbinen, die von der Not der Zeiten

⁴) Vgl. Riesser's ges. Schriften, II. S. 373 ff.

eingegeben, überdies aus Eisenmenger geschöpft sind, der sie aus dem Zusammenhange gerissen und Verdrehungen aller Art sich erlaubt, einer ganzen Religionsgesellschaft einen Vorwurf machen. „Ich muss überhaupt bemerken, dass der orthodoxeste Jude in dem Talmud jeder Zeit eine Autorität nur insoweit erblickt, als es sich um Auslegung der Schrift, um Feststellung der Ritualien handelt; dass der Talmud aber nie als Autorität für die Dogmatik und die Moral des Judentums gegolten hat“. Auf den Zweifel, den Domprobst Dr. Allioli geäußert hatte, ob der bekannte Satz: „Staatsgesetz ist Religionsgesetz“ von den Juden als bindend betrachtet würde, antwortete Arnheim: „Wenn man eine solche Verdächtigung auf eine ganze Religionsgesellschaft werfen will, wenn man auf einen Satz hin, der im Talmud als bindend anerkannt wird, solche Verdächtigung ausspricht, um es als zweifelhaft darzustellen, ob die Staatsgesetze in den Religionssätzen als wirksam erachtet werden, so wäre es Sache des Herrn Dr. Allioli gewesen, nachzuweisen, ob dieser Satz zur bestrittenen Halacha im Talmud gehört, das wird aber Herr Allioli nicht nachweisen“.

Mit welchen Gefühlen mochte Arnheim, ein aufrichtiger Freund des Judentums und Anhänger seiner religiösen Sitten, dasitzen, wenn er sah, wie das Judentum auf die Anklagebank gesetzt wurde, und wenn er mit anhören musste, wie gelehrt sein wollende Klériker mit Redensarten aus einem Buche um sich warfen, dass sie vielleicht nie vor Augen gesehen. Etwas wie Scham mochte damals Ignatz Döllinger, wohl die gelehrteste Autorität der Kammer, der übrigens — im Gegensatz zu seinen späteren Ueberzeugungen, zu denen er sich damals noch nicht durchgerungen hatte — gegen das Emanzipationsgesetz stimmte, empfunden haben, als er solchen Gefühlen mit den Worten Ausdruck gab: „Möchte Herr Arnheim bei manchem Bitteren, was bisher gesagt wurde, und von welchem ich sehr viel auf das entschiedenste missbillige, überzeugt sein, dass alle diejenigen, welche überhaupt in solchen Dingen einen gerechten und höheren Standpunkt einzunehmen wissen, die ausgezeichneten Eigenschaften der Person sehr wohl anzuerkennen wissen, und dass, was sie entgegnen müssen, nur der Sache gilt. Ich würde diese Bemerkung für überflüssig halten, wenn ich nicht zu meinem grossen Leidwesen gestern zum zweitenmal eine Rede voll der schärfsten Anklagen hätte hören müssen, in welcher alles nur in den düstersten Farben dargestellt wurde, in welcher nur Schatten und gar kein Licht zu finden war“. Döllinger sprach es als seine Ueberzeugung aus, dass wenn Männer wie Arnheim, „den wir Alle gerne in unserer Mitte sehen“, in den Staatsdienst eintreten würden, „die öffentliche Kraft des Landes und die

Autorität des Staates nicht etwa geschwächt oder verkümmert werde, sondern durch diesen Gewinn an Kenntnissen und Talenten verstärkt werden wird“.

Dieses für die Person schmeichelhafte und für die Gesamtheit beleidigende Kompliment lehnte Arnheim taktvoll ab mit folgenden Worten:

„Ich muss zuerst dem Herrn Vorredner meinen verbindlichsten Dank für die hohe Auszeichnung aussprechen, die mir zu Teil wurde, glaube übrigens, auf eine solche Auszeichnung und Anerkennung keinen Anspruch zu haben, ich glaube ferner, auf keine höhere Achtung Anspruch zu haben, als jeder andere gebildete Israelite, gegen dessen Ehrenhaftigkeit sich nichts erinnern lässt“. Nach Zurückweisung verschiedener das Judentum aus dem Munde eines Döllinger besonders herabwürdigender Vorstellungen spricht Arnheim Worte, aus denen sich sein religiöser Standpunkt entnehmen lässt: „Es ist ferner der messianischen Idee gedacht worden, die im Judentum liegt. Das ist eine weitläufige theologische Frage, die ich nur kurz berühren will, indem die Ansicht der neueren Juden sich hierin sehr unterscheidet von denen der älteren. Man nimmt im Judentum jetzt durchaus an, dass unter dem Messias kein persönlicher Messias zu verstehen sei, sondern man versteht darunter diejenige Zeit, in welcher alle Völker in einem Hause versammelt sein werden, um den einigen Gott zu verehren: Das ist die Idee des Messias.

Ich gebe zu, dass dieselbe in anderen, namentlich älteren Schriften anders dargestellt worden ist, sie ist aber gleichwohl in das heutige Judentum nicht übergegangen, und es fällt heutzutage keinem Juden, der einer richtigen Auffassung fähig ist, mehr ein, die Ankunft eines persönlichen Messias zu erwarten.

Uebrigens glaube ich keine Gefahr aus dieser messianischen Idee für unseren Standpunkt ableiten zu können. Wenn man von der Verbindlichkeit, welche eine Religionspartei gegenüber ihrem geistlichen Oberen sich denkt, eine Schlussfolge auf den Patriotismus ableiten wollte, so läge es viel näher, das Verhältnis der Katoliken zum Papste ins Auge zu fassen. Der Messias der Juden ist bloss ein Gegenstand des Hoffens, der Papst ist eine auswärtige Wirklichkeit. Aus solchen Verbindlichkeiten, ich möchte sagen, des Gemüts, erwächst keine Kollision mit den Staatsgesetzen. Wenn also auch einer den persönlichen Messias erwartet, und da dürfte er wohl lange warten, so kann dies seine politische Gesinnung, seine Vaterlandsliebe durchaus nicht beeinträchtigen“.

„Wenn übrigens bemerkt wurde, es liege nicht im jüdischen Bewusstsein, gestohlene oder vorenthaltene Güter zurückzugeben, so muss ich dagegen erinnern, dass nicht das Individuum mit der Sache verwechselt werden darf. Es ist

möglich, dass es schlechte und unehrliche Juden gibt, welche, wenn ihnen etwas Vorenthaltenes zukommt, die Restitution unterlassen; dieses darf aber nicht der Religion zur Last gelegt werden, welche in ihren Geboten die Sätze aufstellt: Du sollst nicht leugnen, Du sollst nicht stehlen, Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst, Du sollst Niemanden über-vorteilen und dergl. Es kann also hiervon nicht die Rede sein, dass dieser Vorwurf die Juden überhaupt trifft. Wenn bei den Katholiken häufige Restitution durch Vermittlung der Geistlichen eintritt, so meine ich, dass es moralischer ist, gar nicht zu stehlen, als den vollbrachten Diebstahl zurück-zugeben“.⁵

Nachdem noch der erste Präsident der Kammer, Graf v. Hegnenberg-Dux, trotzdem derselbe in einem oberbayerischen Kreise gewählt war, wo gar keine Israeliten lebten und die Stimmung eine besonders judenfeindliche war, vom Standpunkt der Gerechtigkeit und der Moral, der Staatsklugheit und der Billigkeit eine herrliche Rede für das Emanzipationsgesetz gehalten, wurde dasselbe nach fünftägiger Redeschlacht mit 91 gegen 40 Stimmen angenommen. Aber trotzdem noch 33 von den dissentierenden Abgeordneten, unter ihnen auch Döllinger, in einer Anwandlung von Scham in der nächsten Sitzung erklärten, dass sie eigentlich mit den Grundsätzen bedingungsloser Gleichstellung der Israeliten einverstanden seien, blieb der gewonnene Sieg ohne Erfolg. Am 16. Februar 1850 verwarf die Kammer der Reichsräte das Emanzipationsgesetz.⁶

So war denn der Freiheitstraum der Israeliten von Bayern zerronnen.

Während in fast sämtlichen übrigen Ländern Deutschlands die Emanzipation auf dem Papiere wenigstens durchgesetzt war, glich Bayern damals, wie ein bekannter Jurist sich ausdrückte, einer „Wüste mitten in den Oasen“, und es hatte den Anschein, „als sollte Bayern, wo die Verfolgungen gegen die Juden am ärgsten wüteten, auch am längsten die mittelalterlichen Ausnahmen gegen sie aufrecht erhalten“.⁷ Zu diesen Ausnahmegesetzungen gehörte beispielsweise das Protokollierungsgesetz, nach welchem Verträge von Juden mit Christen zur Begründung eines Klagerechts der Protokollierung vor Gericht bedurften, ein Gesetz aus der Rumpelkammer des Mittelalters, das einem Reichstagsabschied vom Jahre 1551 sein Dasein zu verdanken hatte und sich bis

⁵) Vgl. noch Döllinger's Biographie von J. Friedrich, Bd. III, S. 39 ff.

⁶) K. Max II. war für die Emancipation. Dafür nannte ihn ein an der Theatinerkirche in München befestigtes Plakat: „Maximilian, König der Juden!“

⁷) Gotthelf: Historisch-dogmatische Darstellung der rechtlichen Verhältnisse der Juden in Bayern. Vorwort und S. 10 Anmerk. 5.

zur Mitte des vorigen Jahrhunderts in verschiedenen Landesteilen erhalten hatte.⁸ Abgesehen ferner von den Beschränkungen, die noch in Bezug auf den Kauf und Verkauf liegender Güter gesetzliche Geltung hatten, war noch nicht einmal die äusserst kränkende Bestimmung der alten bayerischen Gerichtsordnung cap. 10 § 11 Nr. 5 abgeschafft, nach welcher die Juden in Prozessen ihrer Glaubensgenossen gegen Christen nur als „exceptionsmässige“ d. h. als verdächtige Zeugen zu betrachten waren! Wenigstens diese unzeitgemässen Ausnahmegesetze zu beseitigen, darauf musste einstweilen das Bestreben aller Edlen aus beiden Lagern gerichtet sein.

Die Deputierten der israelitischen Kultusgemeinde in Bamberg müssen tapfere Leute gewesen sein, wenn sie nach den erfahrenen Misserfolgen sich nicht abschrecken liessen, schon anfangs 1851 mit einer neuen Petition um uneingeschränkte Gleichberechtigung die Aufmerksamkeit der Abgeordnetenversammlung in Anspruch zu nehmen. Die Regierung bewilligte eine Abschlagszahlung, indem sie einen Kompromissentwurf ausarbeitete, in welchem dasjenige zusammengefasst war, worin die Ansichten der beiden Kammern übereinstimmten: Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen, welche bezüglich der Verhältnisse der Israeliten in Ansehung des bürgerlichen Rechtes noch bestanden. Bei der Beratung dieses Entwurfes in der zweiten Kammer nahm auch Arnheim am 2. Juni 1851 das Wort zu folgender Ausführung:

Widersinnig ist es, wenn Israeliten zum Abgeordneten und Gemeindebeamten gewählt zu werden bereits berechtigt sind, aber von jeder Gemeinde, wo sie sich ansässig machen wollen, zurückgewiesen werden können. Widersinnig ist es, wenn Israeliten in Kriminalsachen als vollgültige Zeugen betrachtet werden und den gewöhnlichen Eid leisten, aber in Zivilsachen als verdächtige Zeugen betrachtet werden und more judaico schwören müssen. Der § 12 des Judenediktes, der die Vermehrung der Israeliten doch nicht habe verhindern können, enthalte einen Grundsatz, den man „nur für Bestien aussprechen sollte“. — Als Kuriosum sei hervorgehoben, dass Arnheim unter Berufung auf das Pariser Synhondrion vom Jahre 1807 behauptet, dass es nach jüdischen Grundsätzen keineswegs verboten sei, eine Ehe mit Christen einzugehen.

Das Gesetz vom 19. Juni 1851, das wenigstens in Beziehung auf Zivilrecht die Gleichheit aussprach, wurde mit 122 gegen 1 Stimme angenommen.

⁸ Vergl. Eckstein: Geschichte der Juden im ehemaligen Fürst-Bistum Bamberg S. 248 ff. (Handels-Druckerei Bamberg)

Noch aber war, abgesehen von der Unfähigkeit zur Bekleidung von Staatsämtern, jenes pharaonische Matrikelgesetz übrig geblieben, welches die Anzahl der Judenfamilien auf den status quo 1813 beschränkte. Das Verdienst, mit dem Durchbrechen auch dieser Schranke den Israeliten zur Raumerweiterung und Bewegungsfreiheit verholfen zu haben, gebührt dem Abgeordneten P a u r, der einen bezüglichen Initiativantrag, den schon 1856 der Frhr. v. L e r c h e n f e l d eingebracht hatte, im Jahre 1861 erneuerte. Bei den Verhandlungen, die am 20. März in der Kammer darüber gepflogen wurden, hat Arnstein das Wort nicht ergriffen. Warum nicht? Fehlte es an Interesse? Glücklicher Weise sind wir in der Lage, aus der Privatkorrespondenz Arnheims entnehmen zu können, dass kein anderer als er auch bei der Behandlung der Matrikelfrage hinter den Kulissen der bewegende Geist war. Am 11. Januar 1861 schreibt er: „Die Freunde der Sache sind sehr bedenklich, weil, wenn der Versuch misslänge, die Sache auf Jahre hinaus verloren wäre. Man muss eben die Verhältnisse nehmen, wie sie sind. Das Wünschenswerte und die Wirklichkeit sind verschieden. Wenn gewisse Skribler glauben, es bedürfe nur der Anregung, oder erfolglose Anregungen seien von irgend welchem Werte, so nehmen diese eben einen mir nicht zusagenden, unpraktischen Standpunkt ein“.⁹ Am 6. Februar schreibt Arnheim: „In der Judenfrage hat der Minister nach vielem Kraftaufwand zwar keine Ermächtigung zur Einbringung eines Gesetzes, wohl aber zur Abgabe einer zusagenden Erklärung im Falle der Anregung durch die Kammer erhalten, der Antrag, von mir verfasst, von P a u r übergeben, wird in diesen Tagen eingereicht. Wird noch viel Anstrengung kosten“. Am 20. März wurde dann dieser von Arnheim verfasste Antrag zur Aufhebung des Matrikelzwanges in der Kammer einstimmig angenommen. Aber noch fehlte die Zustimmung des Reichrats. Am 7. April schreibt Arnheim: Ich schreibe unter dem Eindruck banger Sorge in der Judenfrage. Heute ist darüber Sitzung in der ersten Kammer. Seit vorgestern habe ich die vertrauliche Mitteilung, dass König Ludwig und Prinz Karl von Meran aus sich in die Sache gemischt; in welcher Richtung? habe ich nicht nötig zu sagen...¹⁰ Ich habe getan, was in meinen Kräften stand. Gott gebe einen guten Ausgang!“ Die Sorge war aber unberechtigt. Noch an demselben Tage kann Arnheim die Meldung von dem trotz des abweichenden Votums der Prinzen auch im Reichsrat erfolgten Siege seinem Schreiben

⁹ Die Münchener Kultusgemeinde sandte damals im Interesse der Gelegenheit eine Deputation an den König, an deren Spitze der spätere Abgeordnete Dr. Henle sich befand.

¹⁰ Der alte König Ludwig I. war ein Gegner des Gesetzes.

hinzufügen. Und am 9. Mai darf Arnheim in einem Briefe, der die vorangegangenen Kämpfe schildert, ausrufen: „Ich bin von einer bedeutenden Geschäftslast erleichtert, seitdem die Sache erledigt ist“.¹¹

Aus dem Gesagten geht nun zur Genüge hervor, dass Arnheim sich auch für die Sache seiner Glaubensgenossen grosse Verdienste erworben, so dass Rabbiner Dr. Fürst an der Bahre des dahingeshiedenen Vorkämpfers mit Recht hervorheben durfte: „Seiner Religion war er mit frommer Innigkeit und Aufrichtigkeit zugetan“.

Arnheim hatte nämlich durch die grossen Anstrengungen seiner parlamentarischen und beruflichen Arbeiten seine Gesundheit erschüttert. Schon ein kranker Mann, begab er sich im Januar 1864 nach München, um an den Beratungen des Gesetzgebungsausschusses teilzunehmen; eine Lungenkrankheit bereitete seinem verdienstvollen Leben am 31. Januar ein rasches Ende. Seine Leiche wurde nach Bayreuth gebracht und mit grossen Ehren von Seiten aller Konfessionen bestattet. Was das ganze Vaterland an dieser Kraft verloren, das bezeugt der Nachruf, den der Kammerpräsident seinem Andenken widmete: „Nicht bloss diejenigen, die das Vergnügen hatten, den trefflichen Kollegen persönlich zu kennen und seine Charaktertätigkeit zu würdigen, sondern auch unsere Nachfolger werden Anlass und Gelegenheit haben, seine Tüchtigkeit kennen zu lernen; seine Vorträge und Reden, wie sie in unseren Verhandlungen niedergelegt sind, gehören zu den tüchtigsten und würdigsten, die wir überhaupt aufzuweisen haben“.¹²

¹¹ Durch Landtagsabschied vom 10. November 1861 wurde der Matrikelzwang aufgehoben. — Ein geistreiches Bonmot sei bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, welches A. an seinen Vertreter in Bayreuth, den späteren Justizrat und Notar Skutsch, am 13. Oktober 1861 schreibt: „En kategor náase sanegor! Man kann richt Gesetzgeber und Advokat zugleich sein. Vor lauter Gesetzgeberei übersehe ich, was ich als Advokat gethan“ etc.

¹² Vgl. noch Monatsschrift für Gesch. und Wissenschaft des Judentums 1864, S. 118 und Achawa a. a. O. S. 143 ff.

II.

Dr. David Morgenstern (1814—1882).¹

Zugleich mit Arnheim² war der am 7. März 1814 in Büchenbach bei Erlangen geborene David Morgenstern in die Kammer der Abgeordneten eingetreten. Auf den Universitäten von Würzburg und Erlangen, wo er im Korps Bavaria die Stelle eines Seniors bekleidete, hatte der strebsame junge Mann das Fachwissen sich erworben, das ihn befähigte, sich später als Mitarbeiter juristischer Zeitschriften bemerkbar zu machen. In Bamberg war er dann als junger Rechtspraktikant 1846—1847 in die Arena des politischen Kampfes eingetreten und hatte sich die Sporen eines Freiheitsredners und Freiheitskämpfers verdient. In Fürth, wohin er darauf als Konzipient in die Kanzlei des Dr. Grünsfeld gekommen war, hob ihn eine Welle der mächtigen Bewegung, die 1848 mit elementarer Kraft die Gemüter weiter Volkskreise auch in Franken ergriff, empor in die Öffentlichkeit und lenkte die Aufmerksamkeit der dortigen Wähler auf den jungen Rechtsgelehrten, der in Vereinen und Versammlungen, wie sie damals an der Tagesordnung waren, das scharfgeschliffene Schwert der Rede für die Rechte und Ansprüche des mündig gewordenen Volkes mannhaft zu gebrauchen verstand. Mit lebhafterem Temperamente begabt als sein Glaubens- und nicht immer Gesinnungsgenosse Arnheim tummelte er am liebsten das hohe Ross der Politik. Seine Reden, mag ihnen auch die Eleganz und die Sicherheit langjähriger Berufsparlamentarier noch fehlen, sind immer von einem Ernst getragen, den das Bewusstsein eingibt, im Kampfe fürs Recht, wenn auch nicht als leitender Feldherr, im Vordertreffen zu stehen. Wie alle Idealisten seines Zeitalters und wie jeder Schmerzenssohn aus seinem Stamme hatte er etwas vom Märtyrer an sich, der zu jedem Opfer für seine Ueberzeugung und für seinen Glauben bereit und fähig war. Vor allen aber war er das, was man einen Charakter nennt.

Morgenstern sagte einmal: „In jedem einzelnen Manne spiegelt sich seine Zeit ab. Manche Leute allerdings spiegeln alle Zeiten in sich ab. Bei andern ist das gottlob nicht der Fall.“ Das passt auf ihn selber, der bis in die Zeit hinein, wo andere Leute bereits andere Zeiten in sich abspiegelten, derselbe blieb, der er bei seinem Ausgangspunkte gewesen, der Demokrat von 1848. Als nach der

¹ Quellen: Die stenographischen Landtagsverhandlungen und „Allgemeine Zeitung des Judentums“ 1868 S. 17 ff.

² Zu berichtigen: Kaiserling's Gedenkblätter S. 57 u. B. Ziemlich: Die Kultusgemeinde Nürnberg S. 6.

Vertreibung des Rumpfparlaments von Stuttgart der Kampf für Einheit und Freiheit von der Strasse in die Parlamente verlegt wurde, gehörte er zur kleinen Schaar der Treugebliebenen, die mit dem Streben nach Einführung der Reichsverfassung auf gesetzmässigem Wege die Fahne der Demokratie entrollten und ausriefen: kein Preussen, kein Oesterreich, sondern Deutschland! Wenn auch einstweilen die angestrebte Einheit an der Uneinigkeit der Fürsten gescheitert war, Morgenstern hielt fest an der Ueberzeugung und verkündete es 1850 mit prophetischer Voraussicht von der Tribüne herab, dass das Zustandekommen eines einigen grossen Vaterlandes unausbleiblich sei. Denn das Volk, obwohl es Niederlagen erlitten, ist eine geistige Macht, und Ideen können nur mit Ideen, nicht wie in der Pfalz mit Bajonetten besiegt werden. „Eine Idee, welche Märtyrer aufzuweisen hat, die mit Lust und Liebe in den Tod für ihre Sache gehen, eine solche Idee geht nicht unter.“ Als Morgenstern mit diesen Worten seine gelegentlich der Debatte über die deutsche Frage gehaltene Rede beendet hatte, erschollen vielseitige Bravorufe in der Kammer, so dass der Präsident bemerken musste: Wenn Sie Bravo rufen wollen, so müssen Sie ins Theater gehen!

Im Sinne des eben angedeuteten Programms, im Sinne des entschiedenen und bis zum äussersten konsequenten Freisinns arbeitet Morgenstern seit seinem Eintritt in die Kammer für den Ausbau der Gesetzgebung in konstitutioneller Richtung, und mit einem Mannesmute, dem auch der Gegner seine Achtung nicht versagen konnte, tritt er für Beobachtung der Verfassungsrechte gegen jeden Eingriff und Uebergreif der Behörden ein. „Wer schweigt, wo zu sprechen Pflicht ist, wer nicht handelt, wo zu handeln Pflicht ist, der wird dahin kommen, wohin er zu kommen verdient.“ Mit solchen Kraftworten warnt er vor der hereinbrechenden Reaktion, die im Anfang der fünfziger Jahre alle freiheitlichen Errungenschaften wieder zu vernichten drohte, was auch bei der Schwäche der konservativ-liberalen Mehrheit der Kammer gelungen wäre, wenn nicht die Linke solchen Bestrebungen einen Damm entgegengesetzt hätte. Nur keine Schwachheit, nur keine Halbheit! „Die Verletzung eines kleinen Rechtes ist gerade so bedeutend wie die Verletzung eines grossen Rechtes. So wenig es eine halbe Gerechtigkeit oder eine halbe Wahrheit gibt, so wenig ist ein Unterschied in sittlicher und rechtlicher Beziehung zwischen einer kleinen und und grossen Rechtsverletzung.“ Er warnt, bei der Anwendung des Gesetzes am äussern Buchstaben hängen zu bleiben, anstatt in die Tiefe der Rechtstheorie hinabzusteigen und den Geist derselben heraufzuholen; er warnt insbesondere davor, dass man das scharfe Messer der Straf-

paragraphen an die politischen Vergehen anlege, indem er im Hinblick auf die Hexenprozesse und Autodafés an die Wandelbarkeit des Rechtsbewusstseins erinnert. Es gibt nach seiner Ansicht nur einen Weg, um eine Bewegung wie den pfälzischen Aufstand für die Zukunft unmöglich zu machen, den Weg gründlicher Reformen. Denn diejenigen Staaten, in welchen, wie in England, die demokratischen Grundsätze bereits eingeführt waren, hätten am ruhigsten die Stürme des Jahres 1848 ertragen, während man in denjenigen Staaten, wo diese Grundsätze noch nicht eingeführt waren, dieselben als Revolutionsöl verwenden musste, um die aufgeregten Wellen zu beschwichtigen und das Staatsschiff zu retten. Nur dann werde man den Gesetzen die allgemeine Achtung verschaffen, wenn sie von der Art seien, dass sie die allgemeine Achtung verdienen, und wenn ihre Anwendung von der Art sei, dass sie die Billigkeit des Volkes erhält. Der Polizeistaat, in welchem alles verboten, was nicht erlaubt, müsse darum sich verwandeln in einen Freistaat, wo alles erlaubt, was nicht verboten ist.

Schon manche der bisher mitgeteilten Aeusserungen dieses Eiferers für die angeborenen Menschenrechte haben erkennen lassen, dass sie eingegeben sind von dem Bewusstsein, einer in ihren Rechten benachteiligten Minderheit in der Gesellschaft anzugehören. So auch, wenn er bei Beratung des Gesetzentwurfes über die Landräte äussert: „Ich glaube, der Gott der Juden ist derselbe wie der, bei dem der Christ schwört, und wenn der Christ sagt: so wahr mir Gott helfe, wird es ihn ebenso binden, als wenn er hinzufügt: und sein heiliges Evangelium.“ Er ist auch der erste gewesen, der in der bayer. Kammer für Gehaltsaufbesserung und staatliche Gleichstellung der israelit. Religionslehrer, die auf dem Lande noch heute einen harten Kampf um die Existenz zu führen haben, mit dem Hinweis darauf eintrat, dass das Judentum zwar eine Privatkirchengesellschaft, aber doch keine Aktiengesellschaft sei. (Verhdl. vom 18. Oktober 1849, 21. Nov. 1851 und 17. Januar 1852.) Im allgemeinen jedoch befreilichte er sich, so oft die Judenfrage zur Debatte stand, grundsätzlich einer klugen Zurückhaltung, wenn es ihm auch an Interesse und warmer Anteilnahme dafür ebenso wenig fehlte als an dem guten Willen, die Lage seiner Glaubensgenossen auf legislativem Wege zu verbessern.³

Nur einmal trat er aus seiner Zurückhaltung heraus. Als nämlich im Jan. 1855 die Kammer über den ihr vorgelegten Entwurf eines neuen Wahlgesetzes zu beraten hatte, welches nicht nur an Stelle des allgemeinen Wahlrechts ein Re-

³ Vgl. Gotthelf: Die Rechtsverhältnisse der Juden in Bayern. S. 179 Anmerk 4.

präsentativsystem mit ständischer Gliederung setzen, sondern auch die Juden vom Wählen und Gewähltwerden wieder ausschliessen wollte, da erwachte in ihm nicht nur der Acht- und vierziger, sondern auch der Jude, und damals hielt er seine beste Rede. Er erzählte eine Anekdote von einem Manne, der in der Stunde seines Sterbens in die Lage kommt, den Trauermarsch mit anhören zu müssen, den man einübt, um ihn bei seiner Beerdigung zu spielen. „In einer solchen nicht beneidenswerten Lage befinde ich mich. Die Debatte, die ich anhören muss, ist der Trauermarsch, den man anstimmt, gewissermassen zu meiner Beerdigung. — Je höher die Stellung eines Mannes im menschlichen Leben ist, desto ausgeprägter muss der Charakter sein, den der Mann hat. Daher kommt es, dass gewisse Namen von besonders hervorragenden Männern auch gewisse Begriffe haben. Welchen Charakter hat nun ein Ministerium, das vor einigen Jahren die Judenemanzipation so warm empfohlen und jetzt mit einem Wahlgesetz vor dieselbe Kammer tritt und erklärt: Bayern ist ein christlicher Staat! Man kann wohl einmal mit seinen Ansichten wechseln, das ist keine Schande. Aber bei Gegenständen, die als abgeschlossen gelten in Doktrin, wie in Praxis, darf sich die Ansicht nicht ändern, wenn nicht gewichtige Gründe alles Bisherige über den Haufen werfen. Was soll denn das heissen: Bayern ist ein christlicher Staat? Man sagt: wer bei den wichtigsten Angelegenheiten des Staates urteilen will, muss fühlen und handeln wie die Mehrzahl der Einwohner. Ist denn das bei den Juden nicht der Fall? Ist denn ein so grosser Unterschied zwischen guten Juden und Nichtjuden? Ist denn ein schlechter Christ besser als ein schlechter Jude? Oder gar besser als ein guter Jude? Es gibt überhaupt verschiedene Religionsgesellschaften auch im Christentum. Es gibt verschiedene, von denen jede das Richtige zu haben glaubt. Sie alle streiten in Dogmen untereinander. Das wird so bleiben, so lange die Welt steht, aber ich würde es eine Anmassung nennen von einer Gesellschaft, wenn sie behauptet: „Wir haben allein das Gute“, und wenn sie in ihrer Majorität behaupten würde, die Minorität müsste ausscheiden. Wohin würde das führen? Das würde zu Kämpfen der Konfessionen selbst in der christlichen Kirche führen, die, ich hoffe es, nach einem 30jährigen Kriege als beendet zu betrachten sind. Wer solche Grundsätze der Ausschlössung hat, wie kann der jenes „heilige“ Russland anklagen, welches Alle für nicht berechtigt erklärt und unterdrückt, die nicht die Lehren bekennen, welche im orthodoxen Russland aufgestellt sind? Das „heilige“ Russland zieht in diesem Augenblicke ins Feld, „den Stahl in der Faust, das Kreuz an der Brust“, um die „Ketzer“ zu bekriegen; ihm sind Ketzer alle christlichen Einwohner des übrigen zivili-

sierten, christlichen Europas. Diese Grundsätze des christlichen Prinzips in einer solchen Zeit auszusprechen, ich finde es nicht für ratsam. Wir leben in einer Zeit, von der man nicht weiss, was der nächste Tag bringt. Es ist möglich, dass wir in der nächsten Zeit alle Kräfte aufbieten müssen, um dieses heilige Russland zu bekämpfen und uns seiner Glückseligkeit zu erwehren. Ich glaube, meine Herren, wenn die Mittel hierzu geschaffen, wenn die Soldaten gesammelt werden, die ihr Blut in diesem, ich sage heiligem Kampfe zu vergiessen haben, man wird die J u d e n nicht ausschliessen, man wird ihre Steuern, ihre freiwilligen Beiträge annehmen, die vielleicht so gross sein werden, als die ihrer Nichtgläubensgenossen. Man wird die jüdischen Soldaten auch nicht ausschliessen, und wenn ich überhaupt noch im Zweifel wäre über das Resultat der Beantwortung dieser Frage, ich bin überzeugt, die Minister der Finanzen und des Krieges würden diesen Zweifel lösen. Also, meine Herren, es ist möglich, dass wir Steuern zahlen, freiwillige Beiträge leisten, dass wir unser Blut vergiessen für die Rettung dieses christlichen Staates, aber mitberaten, mitbeschliessen sollen wir nicht?“

Glücklicherweise erhoben sich nur Wenige, die für die Ausschliessung der Juden auch nur vom aktiven Wahlrechte stimmen wollten, wie denn auch das ganze erzreaktionäre Wahlgesetz schliesslich abgelehnt wurde.

Es war schon angedeutet worden, dass M o r g e n s t e r n ein Märtyrer seiner Ueberzeugung wurde. Bei einem Jahreseinkommen von nur 600—700 fl., die er, schon beladen mit den Sorgen eines Familienvaters, als Konzipient in der Kanzlei eines Anwalts in Nürnberg verdiente, legte ihm die Ausübung eines Abgeordnetenmandats und der damit verbundene Monate lange Aufenthalt in München schwere Opfer auf, die der unbemittelte Mann auf die Dauer nicht zu tragen vermochte. Seiner radikalen Gesinnung hatte er es zu verdanken, dass ihm der Minister-Präsident von der P f o r d t e n unzweideutig erklärte, er würde die damals noch erforderliche Genehmigung zur Ausübung der anwaltschaftlichen Praxis niemals erhalten.⁴ Und aus diesem Grunde

⁴ An dieser Stelle dürfte noch folgende Mitteilung, entnommen einem aus München vom 11. Januar 1861 datierten Privatbriefe Arnheims interessieren. Arnheim schreibt: „H. (damals Referent im Justizministerium) sagte mir, dass er vom Minister beauftragt sei, die jüdischen Kandidaten ausser der gewöhnlichen Reihenfolge in Vorschlag zu bringen und zwar aus zwei Gründen, weil sie keine andere Stellung wählen können als die Advokatur, und weil sie in der Regel mit Auszeichnung qualifiziert sind und Mittelmässigkeit eine Ausnahme bilde.“ — Damit vergleiche man den Standpunkt, den neuerdings in Bezug auf Beförderung von Juden die oberste Justizverwaltung eingenommen und sogar im augenscheinlichen Widerspruch mit dem Wort-

sah er sich in Rücksicht auf seine anwachsende Familie gezwungen, im Jahre 1855 der politischen Tätigkeit zu entsagen, um zunächst in das Bankhaus des Magistratsrates Mayer Cohn in Nürnberg einzutreten und später ein Fabrikunternehmen in Forchheim zu begründen, das unter seiner Leitung zu rascher Blüte sich entfaltete. Wie sehr die Makellosigkeit seines Charakters und die Unentwegtheit seiner Gesinnung auch dem Gegner die Anerkennung abgenötigt hatte, dafür ist die Art bezeichnend, wie ein im Dienste der Reaktion stehendes Witzblatt, „Der Münchener Punsch“, die Mitteilung von seinem Ausscheiden aus der Kammer brachte: „Herr Dr. Morgenstern hat das politische Fach mit dem merkantilen vertauscht; möge er sein merkantiles Fach politischer betreiben, als er das politische merkantilisch betrieben hat.“ Diesen Rat scheint Morgenstern befolgt zu haben, da er trotz des eifrigen Interesses, das er auch als Privatmann im Ausschuss der bayerischen Fortschrittspartei und als Führer der Volkspartei in Fürth für alle politischen Fragen in der Richtung des unentwegten Freisinns bekundete, und trotz der kommunalen Tätigkeit, die er als langjähriges Mitglied der Gemeindebevollmächtigten in Ehrenämtern der Stadt Fürth entfaltete, ein Mandat zum Abgeordnetenhouse, das man ihm anbot, nie wieder annehmen wollte. Das Urteil aber über den am 2. November 1882 verstorbenen Ehrenmann können wir am besten mit den Worten seines Enkels zusammenfassen, die derselbe in einer dem Andenken seines Grossvaters gewidmeten Zusammenstellung über ihn geäußert hat:⁵

„Die Treue und Selbstlosigkeit, mit welcher er seine Ueberzeugung hoch hielt, auch als es galt, für sie schwere Opfer zu bringen, als sie mit der Liebe zu dem erkorenen Berufe harte, aber siegreiche Kämpfe zu bestehen hatte, sie war ihm auch zu eigen bei Ausübung des ihm übertragenen Mandates eines Volksvertreters im bayerischen Landtage. Hier war der Platz, wo er mitraten und mittaten konnte zum Wohle und Heile der Allgemeinheit. Mit einem in unseren

laut der Verfassung zu rechtfertigen versucht hat, zuerst in Hessen (vgl. „Im Deutschen Reich“ 1900 S. 136 ff.) und dann auch in Preussen (daselbst 1901 Märznummer). Neuerdings hatte auch der bayerische Landtag über denselben Gegenstand seine Judendebatte, auf welche wir am Schlusse der ganzen Bilderserie mit einigen Worten zurückkommen. Hier sei nur erwähnt, dass der bayerische Justizminister von Leonrod den Antrag des Abg. Heim, die Israeliten nur nach ihrem numerischen Verhältnis zum Justizdienste zuzulassen, anfänglich, als im Widerspruch zur Verfassung und zu den Kronrechten stehend, bekämpft hat. (Ausführliche Berichte über diese Verhandlungen erschienen (Anfang Dez. 1901) in der „Augsburger Abendzeitung“.)

5 „Die parlamentarische Tätigkeit Dr. jur. David Morgenstern's von Dr. Max Süßheim S. 6.

Tagen besonders beachtenswerten Pflichteifer erfüllte er die ihm übertragene ehren- aber auch dornenvolle Aufgabe. Seine Beteiligung an 155 namentlichen Abstimmungen, die Einreichung von 30 Anträgen und Vertretung von 24 Eingaben, seine tätige Mitwirkung an 154 Beratungen durch ebenso formvollendete als gehaltvolle Reden geben beredtes Zeugnis, welch lebhaften Anteil er an der Tätigkeit der bayerischen Volksvertretung und damit an dem Gescheicke des bayerischen Volkes genommen hat.“

Nicht unerwähnt darf am Schlusse dieser Darstellung die bezeichnende Tatsache bleiben, dass an der Bahre des jüdischen Demokraten, in dessen Trauergefolge man neben dem schlichten Arbeiter die Mitglieder der Königlichen und städtischen Behörden bemerkte, unter den Rednern, die der allgemeinen Verehrung des Volksmannes Ausdruck gaben, nach dem Rabbiner auch ein Pfarrer Mühlhauser aus Kirchheimbolanden das Wort ergriff, um einen längeren Nekrolog mit folgenden Worten einzuleiten:

„Die Religion hat ihre Pflicht erfüllt, der Diener derselben hat Segen und Frieden ihm für uns alle nachgerufen. Sei es nun auch mir, dem langjährigen Freunde und Studien-genossen der Jugendzeit vergönnt, dem Heimgegangenen einige Abschiedsworte zuzurufen, ehe seine Gruft sich verschliesst und der kalte Stein uns trennt. Ich erkläre mit trauerndem Herzen, dass ein Herz stille steht in einem Mann, der an Weib und Kind, an Freund und Verwandten und in Sonderheit am deutschen teuren Vaterland hing, ein Herz, dem unsere Freude, unser Schmerz, unser Wohl und unser Wehe auf eine Weise nahe ging, die sich selten findet.“

III.

Justizrat Wolf Frankenburg (1827—1889).¹

Von allen Kränkungen, welche unsere Feinde uns zugefügt haben, ist keine kränkender als der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, eine zum bleibenden Inventar des Antisemitismus gehörige Behauptung. Die Geschichte lehrt, dass gerade in Zeiten eines hohen Aufschwungs und Triumphes der nationalen Idee die Versuche hervorgetreten sind, die Zugehörigkeit zum Vaterlande bald von der Abstammung, bald vom Glaubensbekenntnis abhängig zu erklären und einem wertvollen Teile der Gesamtheit begreiflich zu machen:

¹ Quellen: Stenographische Berichte der Landtagsverhandlungen und „Fränk. Kurier“ vom 18. Juli 1889.

„Ihr habt keinen Anteil am Hause unseres Vaters!“ Das erinnert an die Strafe der Verbannung, die bei den Völkern des Altertums oft gerade diejenigen getroffen hat, welche nach dem Urtheile der Geschichte die grössten Patrioten waren und ihrem Vaterlande die wertvollsten Dienste geleistet hatten. Aber gegenüber allen solchen Behauptungen und Versuchen haben wir Israeliten nur eine Antwort und nur eine Erklärung: „Das Vaterland tragen wir in unserem Herzen, man kann uns nicht daraus verbannen und verjagen!“

In einer Zeit wie der unserigen, welche den Josef nicht mehr kennt, der ein Wohltäter seines Landes und Volkes gewesen, ist es nützlich und erhebend, auf das Bild eines Mannes zu blicken, der, obwohl er die Fahne des Patriotismus nicht weit hinausflattern liess, nach der einstimmigen Anerkennung auch seiner politischen Gegner sein vielseitiges Wissen und Können hingegen und seine Gesundheit aufgerieben hat im Dienste seines Vaterlandes, auf das Bild eines Mannes, der „ein lebendiger Protest war gegen das Vorurteil, als könnte das Judentum seine Bekenner hindern, treue Bürger, begeisterte Patrioten, edle Menschen zu sein.“² Ein solcher Mann war der in bescheidenen Verhältnissen als Sohn eines Handelsmanns am 8. Juni 1827 in Obbach in Unterfranken geborene Wolf Frankenkurger. In Würzburg absolvierte der Jüngling unter mancherlei harten Entbehrungen den ganzen Vorbereitungsdiens, Würzburg war auch die Stätte, wo dem werdenden Manne die ersten Lorbeeren eines forensischen Redners und volksfreundlichen Politikers blühten. Denn auch Frankenkurger hatte sich als Student in den Strudel der Bewegung des Jahres 1848 hineinreissen lassen. Als aber die Träume der Jugend nach kurzer Zeit zerronnen waren, widmete er sich der Laufbahn eines Verteidigers und erwarb sich bald durch seine Redegewandtheit und Schlagfertigkeit, durch die vornehme Art des Auftretens, die es verschmäht, zu einem Kunstgriff die Zuflucht zu nehmen, der nicht hätte bestehen können vor dem strengen Richterstuhl der Standeschre, den Ruf eines Gerichtsredners vom ersten Range. In Nürnberg, wohin er nach seiner Ernennung zum Advokaten 1861 übersiedelte, befestigte er nicht bloss diesen Ruf, sondern trat auch mit dem Erwachen des politischen Lebens wieder in den Vordergrund der öffentlichen Interessen und erwarb sich beim Landtagswahlkampf im Jahre 1863 den Namen und das Vertrauen eines Parteiführers in so hervorragendem Masse, dass, als 1869 ein Mandat in Nürnberg frei wurde, die Ueber-

² Rede an der Bahre des Herrn Wolf Frankenkurger von Dr. B. Ziemlich.

tragung desselben an Frankenburger als selbstverständlich erschien. Seine Wiederwahl erfolgte seitdem stets einstimmig.

Gleich in der ersten Rede, mit welcher Frankenburger als Neuling vor der mit der Adressdebatte beschäftigten Kammer am 1. Februar 1870 erschien, zeigte es sich, dass in seiner Person ein Politiker und Geschichtskenner, eine zur Führerrolle berufene Persönlichkeit in den öffentlichen Kampf für Grundsätze eingetreten war, von denen er mit Recht am Ende seiner Laufbahn sagen konnte: „Ich war der freisinnigen Sache treu mein Leben lang und werde ihr treu bleiben bis zum letzten Atemzuge!“ In dieser Jungfernrede entwickelte er ein Programm, das er kurz mit den Worten zusammenfasst: „Die angestrengteste und unausgesetzte Arbeit an dem grossen Einigungswerke unseres deutschen Vaterlandes, was die äussere Politik betrifft, und eine Regierung nach den strengsten demokratischen Grundsätzen im Innern.“ Das allein könne die Existenz Bayerns, dessen Zukunft nur beim unbedenklichen Anschluss an den norddeutschen Bund gesichert sei, vor dem Untergang retten. Die Grundsätze des Klerikalismus dagegen, der nicht bloss separatistische Gesinnungen äusserte, sondern dessen Wortführer behauptet hatte, den Landesgesetzen dürfe nur gehorcht werden, wenn sie den von Rom gebilligten göttlichen Geboten nicht widersprächen, bezeichnete Frankенburger als geradezu staatsgefährlich.

Der erste Antrag, den Frankенburger in der Kammer einbrachte, bezweckte die Freiheit der Presse und des Buchhandels als das beste Mittel zur Bildung des Volkes und zur Förderung der Kultur. Mit der Pressfreiheit, sagte er, gehe es wie mit der Gewissensfreiheit, sie ist Theorie, die auf dem Papier stehen bleibt. „Ich will nicht von den verkümmerten Rechten jener Staatsangehörigen sprechen, welche den nicht anerkannten Religionsgesellschaften angehören, ich will nur davon reden, dass unser Staat es bis heute noch nicht möglich gemacht hat, dass Angehörige verschiedener Konfessionen im Staat eine Ehe eingehen können, ohne sich einen Gewissenszwang aufzulegen.“ Hätte der deutsche Bundestag so viel Mühe, als er auf die Knechtung und Knebelung der Presse verwendet, auf die Förderung des deutschen Gedankens verwendet, es könnte jetzt eine grosse, freie deutsche Nation geben.

Da brach der Krieg aus, der die deutsche Nation wie den Phönix aus der Asche erstehen liess. Auch in der bayer. Kammer gab es einen Krieg; 47 Volksvertreter verweigerten die von der Regierung geforderten Kriegsgelder. Als diese 47 Vaterlandsfreunde nach der entscheidenden Abstimmung die Kammer verliessen, begrüsst sie das Volk von München

mit dem Rufe: „An den Laternenpfahl!“ Die „Fürther Neuesten Nachrichten“ nannten die Herren sogar „Vaterlandsverräter“ und wurden dafür vom Staatsanwalt zur Rechenschaft gezogen. Frankenkurger, der als Verteidiger der angeklagten Zeitung diesen Ausdruck zu rechtfertigen versucht hatte, wurde dafür in der Abgeordnetenversammlung von Dr. Ruland heftig angegriffen, aber als derselbe ihm seine christliche Gesinnung entgegenhielt, bemerkte Frankenkurger: für eine solche Art von christlicher Gesinnung habe er kein Verständnis; es sei sehr zu beklagen, dass wir Deutsche infolge der Zerrissenheit des Vaterlandes kein starkes Nationalgefühl haben; die ehemals deutschen Provinzen, nachdem sie mit der Schärfe des Schwertes zurückerobert worden, wieder herauszugeben, wie Einige wollten, das wäre eine Schmach für das wieder erwachende Nationalgefühl. Damals in den fieberhaft erregten Januartagen hat auch Frankenkurger, der Jude, gegenüber denjenigen, die ihm ihre christliche Gesinnung entgegenhielten, mit machtvoller Beredsamkeit und grossem Erfolge für die Annahme der Bündnisverträge und das Zustandekommen des Einigungswerkes gesprochen und gewirkt. Es ist noch heute ein Genuss, die von staatsmännischer Weisheit zeugende Rede zu lesen, die Frankenkurger am 18. Januar, dem Tage der Kaiserproklamation in Versailles, unter stürmischen Bravorufen der bayerischen Volksvertretung mit den Worten schloss: Mir ist es, als träte der Geist Uhlands in diesen Saal, um den Gegnern der Bündnisverträge zuzurufen:

„Du hast das Ganze nicht erfasst,
Der Menschheit grossen Schmerz,
Du meinst es löblich, doch Du hast
Für unser Volk kein Herz!“

Auch nach erfolgtem Friedensschluss hat Frankenkurger die hochangesehene Stellung, die er im bayerischen Landtage sich zu verschaffen wusste, dazu benutzt, um als Anhänger und Verfechter einer starken Zentralgewalt gegen unberechtigten Partikularismus zu Felde zu ziehen, und der leitende Grundsatz seiner staatsrechtlichen Ausführungen lautet: Reichsrecht geht vor Landrecht. Was dadurch im Lande geopfert würde, wir finden es im Reiche wieder in grösserem Glanze. Dem Reichstag selbst, wo er Schulter an Schulter mit den anderen Führern der Fortschrittspartei gegen Pfuscharbeit und Kompromissmacherei ankämpfte und neben Kommissionsarbeiten besonders lebhaften Anteil hatte an den Beratungen der Reichsjustizgesetze, gehörte er als Vertreter von Nürnberg infolge anderweitiger Ueberlastung nur während einer einzigen Wahlperiode vom Jahre 1874—1878 an. Hierbei mag erwähnt werden, dass Franken-

burger die Verteidigung des Grafen Arnim, für welche ihm ein fürstliches Honorar geboten worden, mit Rücksicht auf seine Partei, um ihr nicht den so beliebten Vorwurf der Reichsfeindschaft zuzuziehen, ablehnte und dass Fürst Bismarck gelegentlich einer späteren Unterhaltung, die er mit Frankfurter in Kissingen hatte, dieses sein Verhalten mit warmen Worten als patriotisch und lobenswert anerkannte.

Die Stärke der Persönlichkeit und das Geheimnis des Erfolges liegt in dem, was ein bekannter Schriftsteller das Selbstverständliche nennt, liegt im Moralischen. „Frankfurter war ein durch und durch ehrlicher und wahrer Mensch, ohne Falsch und Verstellung, rein wie Gold, und darum vermochte er in einem Maasse zu überzeugen, zu begeistern, wie es nur wenigen gottbegnadeten Rednern eigen ist.“³

Es ist wahr: Frankfurter war nicht einer derjenigen Vielredner, denen der Atem nie ausgeht, aber einer der bedeutendsten Parlamentsredner aus der Blütezeit des neuen Deutschlands, der mit unerschütterlicher Ruhe ein oft hinreissendes Feuer der Begeisterung und mit einer Vielseitigkeit der Gesichtspunkte eine edle und volkstümliche Sprache zu verbinden wusste, die ihm leicht von den Lippen floss wie ein Quell aus verborgenen Tiefen. Eine Dosis von Humor verschaffte ihm öftere Heiterkeitserfolge und treffende Schlagworte machten eine von ihm als Sprecher seiner Partei gehaltene Rede zu einem Ziele, auf welches die Männer der Gegenpartei ihre Pfeile richteten. In der Form war er ausserordentlich verbindlich und vornehm, aber wenn einmal provoziert, dann übermannte ihn das lebhafte Temperament und er schleuderte der klerikalen Kammermajorität Worte des Zornes hin, die sie verstummen machten. Frankfurter war ein Naturredner; was aber seiner Rede den Erfolg verschaffte, das war nicht bloss die Form und der Inhalt, das war die Ehrlichkeit seiner Grundsätze und die Wahrheit seiner Empfindung. „Wenn Euch die Entwicklung zu langsam geht,“ — so rief er seinen Parteigenossen zu — „sucht nur nicht mit schlechten und gewalttätigen Mitteln dem Gange der Dinge nachzuhelfen; das Edle und Gute wird nur durch gute und edle Mittel erreicht; die Wahrheit siegt nur durch Wahrhaftigkeit.“

Zu diesen ungewöhnlichen Eigenschaften des Geistes und des Herzens kam dann noch eine Arbeitskraft hinzu, welche leichter zu bewundern als nachzuahmen ist. Man bedenke, dass Frankfurter, der die Last einer ausgedehnten anwaltschaftlichen Praxis zu tragen hatte, neben den

3 „Fränk. Kurier“ vom 18. Juli 1880.

Arbeiten, die er als Inhaber zahlreicher Ehrenstellen und als ständiges Mitglied des Gemeindekollegiums der Stadt Nürnberg besonders in dessen Ausschüssen für juristische Fragen und das Unterrichtswesen hatte, es möglich machte, im bayerischen Landtage eine 20jährige Tätigkeit zu entfalten, welche allen während dieses Zeitraums entstandenen Gesetzen die deutlichen Spuren seiner Mitarbeit aufprägte. Wer sich von der Gewissenhaftigkeit, mit der er die Aufgaben und Pflichten eines Volksvertreters erledigte, eine Vorstellung machen will, der lese das im engen Druck 15 Spalten lange Referat, das er im Januar 1879 als Mitglied der Gesetzgebungskommission zur Erläuterung seines schriftlichen Berichtes über die neue Subhastationsordnung geliefert hat. Wer sich von seinem Wissensumfang und dem Fleiss, den er auf dem Gebiete der inneren Verwaltungsfragen entwickelte, eine Vorstellung machen will, der lese z. B. das 23 Spalten lange Referat, das er April 1886 über Errichtung einer Mobiliar-Brand-Versicherungs-Anstalt lieferte. Am glänzendsten aber war er als Berichterstatler des Finanzausschusses, so oft er seit 1874 Gelegenheit hatte, als einer der besten Kenner des Etats und als Finanzpolitiker ersten Ranges oft während der Dauer einer ganzen Sitzung das leitende Wort zu führen; und unstreitig die grössten Verdienste hat Frankenburg er sich als ständiger Referent über den Militäretat für die Erhaltung der Wehrkraft und Schlagfertigkeit der Armee erworben. Allgemein bewundert wurde es, dass Frankenburg dieses umfangreiche Referat in den letzten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit in nur drei Tagen fertigstellte. Es war wohl dieses zuletzt erwähnte Verdienst, für welches die Krone ihn durch Verleihung des Michaelsordens I. Klasse auszeichnete.

Wenn Frankenburg auch einmal äusserte: „Ich weiche von dem Prinzip, dessen Richtigkeit und Notwendigkeit ich einmal erkannt habe, niemals mehr ab“, so war er doch andererseits gemäss seiner eigenen Erklärung keineswegs ein Doctrinär, der die Form über das Wesen stellt. Vielmehr war er ein Feind aller und insbesondere der juristischen Förmlichkeiten, in welchen er den Keim vieler Prozesse erkannte. Zum Rechtsprechen genügt nach seiner Ansicht nicht das theoretische Wissen allein, dazu gehört vielmehr auch ein praktischer Blick nebst Kenntnis der sich immer fortentwickelnden und neugestaltenden Lebens- und Verkehrsverhältnisse, die der Jurist sich nur mitten im Volke erwerben kann. Was sich so im Stillen der Volksseele weiterbildet, darauf zu lauschen und das zum Ausdruck zu bringen, ist Aufgabe der Gesetzgebung. Wenn sonach Frankenburg vom juristischen Krimskrams keine allzu hohe Meinung hatte, so entwickelte er doch für die Ehre des

Standes der Anwälte, die im Frack ebenso hoch stünden wie der Staatsbeamte im goldgestickten Kragen, eine hinreissende Beredtsamkeit, während er andererseits für die Verbesserung der Lage der Staatsbeamten die grössten Verdienste für sich in Anspruch nehmen darf.

Welches Verhältnis hatte Frankenburg zum Judentum? Diese Frage verlangt eine Antwort, soll nicht im Bilde seiner Persönlichkeit eine Lücke bleiben. Dass ein Mann von solchem Hochsinn und solcher Vorurteilslosigkeit, das ehemalige Verwaltungsmitglied der Kultusgemeinde Nürnberg, an deren Wohltätigkeitseinrichtungen er allezeit lebhaften Anteil genommen,⁴ weit entfernt davon, aus seiner Zugehörigkeit zum Judentum ein Geheimnis zu machen, vielmehr keine auch nur antisemitisch scheinende Aeusserung in der Kammer durchgehen liess, ohne sie zu rügen und zurückzuweisen, wird uns nicht Wunder nehmen. Sogar Minister v. Lutz, als derselbe in der Sitzung vom 30. Juni 1870 eine Redewendung sich entschlüpfen liess über Advokaten, die dem in die Kanzlei eintretenden Juden die Tabaksdose zum Schnupfen hinhalten, musste es sich gefallen lassen, dass Frankenburg ihm das Ungeziemende einer solchen Aeusserung entgegenhielt, worauf der Minister bedauernd sich entschuldigte. Dass aber Frankenburg in jüdischen Dingen auch kein Unwissender gewesen, das erfahren wir aus Aeusserungen seines Mundes. Als nämlich am 20. Mai 1870 Abgeordneter Dr. Sepp bei Beratung über Abschaffung der Todesstrafe einige Seitenhiebe auf das Alte Testament sich erlaubte, sagte Frankenburg: Ich habe einst unfreiwillig mich mit dem Studium des Alten Testaments befassen müssen und daraus so viel profitiert, behaupten zu dürfen, dass Dr. Sepp vom Alten Testament nicht viel versteht. „Ich muss namentlich einer Behauptung, dass das Alte Testament als Quelle der Blutrache zu betrachten sei und dasselbe sogar mit der Inquisition in Verbindung gebracht werden kann, widersprechen und ihr einen von allen israelitischen Theologen als massgebend für die Auslegung der heiligen Schrift anerkannten allgemeinen Satz entgegenstellen, dass die heilige Schrift in der den Menschen verständlichen Redeweise spreche. Es ist Grundsatz der israelitischen Theologen, dass die Worte der heiligen Schrift nicht alle wörtlich zu nehmen sind, und in der Tat würde die wörtliche Auslegung nicht selten zum Unsinn führen.“

Ebenso als ein Abgeordneter mit Beziehung auf die biblische Darstellung über die erste Königswahl in Israel den Modus der indirekten Wahl der Landtagsabgeordneten eine „alttestamentarische Einrichtung“ nannte, äusserte

⁴ Vgl. B. Ziemlich: Die isr. Kultusgemeinde Nürnberg S. 33 ff.

Frankenburger die Ansicht, dass dieser Vergleich „auf einem mir nicht ganz unbekannten Gebiete“ keineswegs zutreffend sei, vielmehr das bayerische Wahlgesetz in direktem Widerspruche mit den Grundsätzen des Alten Testaments sich befinde.

Frankenburger, der allezeit kampfbereite Anwalt der Schwachen, der für jedes gekränkte Recht ein Herz voll sittlichen Ernstes und einen starken Ausdruck der Entrüstung hatte, wie sollte er nicht auch für das gekränkte Recht seiner Glaubensgenossen bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Wort ergriffen haben? Als im April 1870 in der Kammer davon die Rede war, dass sogar bei Besetzung der Lehrstellen an den technischen Anstalten auf das Verhältnis der Konfessionen Rücksicht genommen werden solle, fragte Frankenburger, ob denn der Staat zwischen Katholiken und Protestanten verteilt und auf die verfassungsmässigen Rechte Andersgläubiger keine Rücksicht genommen werden solle? Dann hätte die Wissenschaft ein Ende. Er verlangt Aufklärung, ob denn an bayerischen Anstalten keine Juden angestellt werden sollen und erinnert an Prof. Herz in Erlangen, der dem Lande zur Ehre und zum Ruhme gereiche. „Protestanten und Katholiken haben öfter schon zu diesem Lehrer ihre Zuflucht in ihren Nöten genommen, und er hat sie nicht gefragt, ob sie protestantisch oder katholisch sind, er hat ihnen mit seinem ganzen Wissen und seiner vollen Kraft, kein Opfer scheuend, uneigennützig zu helfen gesucht, und sein Streben war oft von Erfolg gekrönt.“⁵

Dieselbe Tendenz hat eine jedenfalls auf Frankenburger's Veranlassung zurückzuführende und von ihm unterschriebene Interpellation, welche sein intimer Freund, Abgeordneter Crämer, am 20. April 1872 einbrachte und die folgenden Inhalt hatte: „Die vom Kriege auferlegten Opfer werden von allen Angehörigen des Staates ohne Unterschied der Konfession gleich freudig getragen. Nun hat das Kommando eines bayerischen Regiments einem Soldaten israelitischer Konfession die Zulassung zur Prüfung als Zahlmeister-Aspirant verweigert. Wie verträgt sich das mit dem Reichsgesetz vom 22. April 1871 betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung?“ Der Kriegsminister gab eine befriedigende Erklärung. Was ein Kriegsminister heutzutage verfügen würde, ist uns nicht zweifelhaft.

Man sieht, es war damals Frühlingszeit im neuen Reiche, und auch die Israeliten durften sich noch ihres Lebens freuen, weil noch niemand daran dachte, an den

⁵ Ueber Prof. Herz vgl. „Im Deutschen Reich“ 1902 S. 20 ff.

Emanzipationsrechten und Gleichheitsgesetzen, welche die Krone des Reichsgebäudes waren, zu rütteln und zu deuteln. Um so mehr musste es als ungeheuerlicher Anachronismus empfunden werden, dass trotz aller papierenen Gleichheitsgesetze an zahlreichen Orten Bayerns noch die sogenannten **Judensteuern** unter mancherlei absonderlichen Titeln (wie Beichtgroschen, Schmattegeld und Wölfelsteuern), namentlich aber als Stolgebühren und Neujahrgelder an Pfarrer und Bürgermeister und sogar an Türmer und Musikanten entrichtet werden mussten. Das war wie eine Idylle des Mittelalters mitten in der neuen Zeit. Sogar Gerichts- und Verwaltungsbehörden erklärten diese Judensteuern als zu Recht bestehend unter Berufung auf Verordnungen vom Jahre 1661 und 1665, auf Grund welcher der jüdische Erwerber eines christlichen Hauses verpflichtet war, bei allen Geburten, Heiraten und Sterbefällen dieselbe Stola an den Geistlichen und Kirchendiener zu zahlen, als wenn das betreffende Haus sich noch im Besitze eines Christen befände.⁶

Nicht weniger als 325 Empfangsberechtigte gab es noch in Bayern, als im Jahre 1874 sich 73 Gemeinden von Unterfranken und Aschaffenburg mit einer gemeinsamen Petition um das Abschneiden dieses Zopfes bei der Kammer bemühten. Gelegentlich der Diskussion, die über diese Angelegenheit stattfand, machte Frankenhurger darauf aufmerksam, dass es mit der Staatsverfassung nicht übereinstimme, wenn Angehörige einer Religionsgesellschaft zu Kultuszwecken einer anderen Religionsgesellschaft zumal in einer so kränkenden und lästigen Weise Beiträge leisten müssen. Dies wurde auch allgemein anerkannt und eine Gesetzesvorlage über Abschaffung der Judensteuern ohne Entschädigungspflicht in Aussicht gestellt, die aber erst am 29. Juli 1880 zur Verhandlung und mit 76 gegen 65 Stimmen zur Annahme gelangte.

Einem Antrage des Abgeordneten Frankenhurger ist es auch zu verdanken, dass am 19. April 1872 unter allseitiger Zustimmung die Summe von 5500 fl. zur Aufbesserung der gering dotierten Rabbinerstellen in den Etat eingestellt wurde, eine Forderung, welcher Minister v. Lutz mit den Worten zustimmte: „Nachdem die Israeliten an den Zuschüssen für andere Kulte mitzahlen, ist es nicht mehr als billig, wenn ein Antrag wie der vorliegende die Berücksichtigung des hohen Hauses findet.“

So hat Frankenhurger durch Wort und Tat sich um das Judentum verdient gemacht. Dagegen hat er in den Kultur-

⁶ Vgl. Eckstein: Geschichte der Juden im Fürstbistum Bamberg S. 224 ff. (Handels-Druckerei Bamberg) und Benario: Die Stolgebühren nach bayer. Staatskirchenrecht S. 95.

kämpfen, die namentlich am Anfange der 80er Jahre die bayerische Abgeordnetenversammlung bewegten, sich absolutes Schweigen auferlegt, so dass selbst das leitende Organ der bayerischen Zentrumsparthei nach seinem Tode anerkennen und hervorheben musste, dass Frankfurter als scharfer Denker und vornehmer Charakter für Kulturpaukerien nie zu haben war.⁷

Die letzte Zeit seines Lebens war für Frankfurter eine schwere Leidenszeit. Zwei Jahre lang hat sein starker Geist gerungen mit dem Leiden des Körpers. Oft von entsetzlichen Schmerzen gepeinigt, war er noch im Landtage, im Plenum, wie im Ausschuss, wie ein verwundeter Held auf dem Posten, bis der Tod ihn am 18. Juli 1889 niederwarf. Als die Kunde seines Ablebens in die Landeshauptstadt gekommen war, erklärten die „Münchener Neuesten Nachrichten“: einen Nachfolger wird Frankfurter finden, einen Ersatz wird er nicht finden!

Die imposante Trauerkundgebung der Vielen, die von nah und fern aus allen Schichten der Bevölkerung, darunter zahlreiche Abgeordnete und Deputationen, zusammengeströmt waren, um dem um das Gemeinwohl hochverdienten Volksmanne die letzte Ehre zu erweisen, legte Zeugnis ab von der allgemeinen Anerkennung, die dem Lebenden wie dem Toten geworden. Abgesehen von den zahlreichen Nachrufen seiner näheren Parteifreunde, unter welchen Dr. von Schauss und Dr. von Stauffenberg, die seine lautere deutsche Gesinnung, die hervorragenden Eigenschaften seines Geistes und Herzens rühmten, seien nur die Worte hervorgehoben, mit denen Oberbürgermeister von Stromer einen Kranz des Prinzregenten Luitpold von Bayern an seinem Grabe niederlegte: „Dieser Auftrag“ — sagte er — „überhebt mich der Aufgabe, all die vielen und hohen Verdienste unseres verstorbenen Mitbürgers und Vertreters zu schildern. Der allernädigste Spender dieses Kranzes steht an der Stelle, wo er berufen ist, nur wahres Verdienst zu ehren und zu lohnen. Ich bin stolz darauf, mit diesem allerhöchsten Auftrag betraut worden zu sein, unseren edlen Verstorbenen in dieser Weise ehren zu können.“

Gelegentlich der Feier, die bei Uebergabe eines von Freunden und Verehrern des Verstorbenen gestifteten Bildnisses an die Stadt zur Aufbewahrung desselben in der Galerie des Rathauses veranstaltet wurde, hielt Pfarrer

⁷ Damit es auch an Humor nicht fehle, sei noch erwähnt, dass der jetzt verflossene Preussen- und Judenfresser Dr. Sigl, als derselbe 1886 im Zellengefängnis zu Nürnberg einen Teil seiner zahlreichen Presssünden abbüßte, den jüdischen Rechtsanwalt Frankfurter in persönlichen Angelegenheiten zu Rate gezogen hat.

Krauss hold namens der Schenkgeber die Ansprache, während nach Wiedereröffnung der Abgeordneten-kammer der Präsident derselben dem Andenken Frankenburger folgende Worte widmete:

„Recht schmerzlich berührt hat uns alle der Tod des andern Kollegen, des Herrn Dr. Wolf Frankenburger, Justizrat und Rechtsanwalt in Nürnberg. Sein Scharfsinn, seine Rechtskenntnisse, seine immer richtige staatsmännische Auffassung der Rechte und Pflichten eines Abgeordneten, sind nicht in diesem Saale allein, sondern auch weit ausserhalb dieses Saales bekannt. Die verehrten Mitglieder unseres Finanzausschusses können beredtes Zeugnis dafür ablegen, mit welch unverändertem Fleisse, mit welcher Gewandtheit, mit welcher Tätigkeit er den Beratungen dieses Ausschusses beigewohnt hat. Nicht nur, dass ihm schwere und wichtige Referate übertragen waren, die er zu unser aller Freude aufs beste erledigte, er hat sich auch an allen Beratungen des Finanzausschusses jederzeit beteiligt, und dies tat er auch dann noch, als schweres körperliches Leiden ihn belästigte, und wir mit Bedauern sehen mussten, wie während des Winters vom Jahre 1887 auf 1888 ungeachtet der Schärfe seines Geistes seine Krankheit ihm vielfach die Arbeit erschwerte. Was wir aber ganz besonders hoch zu achten hatten an dem Verlebten, das war seine eigene Achtung vor dem Rechte der Gewissensfreiheit: das Recht der Gewissensfreiheit beanspruchte er für sich und für alle anders Denkenden, und nie kam ein Wort über seine Lippen, das anders Denkende hätte kränken oder zur Verstimmung bringen können.“

Mit der Mitteilung eines Sonetts, das ein Münchener Dichter, Wilhelm Burkhard, dem Andenken des edlen Mannes im „Fränkischen Kurier“ (1889 Nr. 367) widmete, wollen wir sein Charakterbild beschliessen:

„Und wieder ist ein Freiheitsheld gefallen,
Der uns sechs Lustren schier vorangetragen
Das flatternde Panier; hört Ihr das Klagen,
Durchs weite Vaterland den Wehruf schallen?

Ja, licht und lichter wird es in den Hallen,
Wo's freie Wort ohn' Furcht und sonder Zagen —
Bei Dir von Wahrheit, Weisheit, Mut getragen —
Durchs Land hinschallt wie Meereswogenprallen.

Du hast für's heilige Recht des Volks gestritten,
Dem Hammer gleich fiel manches Wort
Auf Feindeshaupt für Recht und gute Sitten.

Dein Rat, der Arbeit Riesenkraft ist fort,
Und trauernd, ewig Dein gedenkend, klagen
Wir um des Vaterlandes treuen Hort.“

IV.

Simon Levi (1817—1900).

An den Bestrebungen zur Ueberbrückung der Mainlinie und zur Vereinigung des Südens mit dem Norden beteiligte sich auch ein schlichter Mann aus dem Kaufmannsstande, dessen Namen nicht übersehen und vergessen werden darf in der Geschichte der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, nämlich der am 21. April 1817 in Kirchheimbolanden (Pfalz) geborene **Simon Levi**. Seit 1848 in **Landau** ansässig, lenkte er durch sein Interesse für alle öffentlichen Angelegenheiten des Handels und der Welthandel die Aufmerksamkeit der Mitbürger auf sich. Es mochte damals nicht Viele in Bayern geben, die gleich ihm schon vor dem Ausbruch des Bruderkrieges vom Jahre 1866 offen und entschieden für den Anschluss an Preussen Partei ergriffen. Wie wenig ihm in den Augen seiner Mitbürger diese Parteinahme für die nach dem Kriege nicht beliebter gewordenen Preussen geschadet hat, bewies die Tatsache, dass der Wahlkreis Landau-Neustadt ihn 1869 in den Landtag entsandte. Die Gelegenheit, an dieser Stätte der Entscheidung für die nationale Sache zu wirken, kam rascher als man es erwartet hatte. In den schwülen Julitagen des Jahres 1870, als die Brust eines jeden Deutschen tief bewegt war von der Sorge um die ungewisse Zukunft, war er von der Hauptstadt des Landes in seine Heimat geeilt, um in der zunächst bedroht erscheinenden kleinen Grenzfestung Landau sein Haus zu bestellen und seine Familie zu beschützen. Da zeigte ihm ein Telegramm seiner politischen Freunde an, dass im Prannersaale das Zünglein an der Wage der Kammerabstimmung schwankte und dass es zur Entscheidung über die Frage, ob die Bayern diesmal mit ihren nordischen Brüdern in den Kampf gegen den Erbfeind ziehen sollen, auf wenige Stimmen ankommen könne. Sofort kehrte er nach München zurück und trat in den Saal ein, als die Wogen der Debatte, begleitet von den alle Dämme der Hausordnung durchbrechenden Zurufen des Galeriepublikums, bereits hochschlugen. (Vgl. Sybel: Begründung des Deutschen Reiches VII, S. 362 ff.) Und als der ultramontane Abgeordnete Westermaier in seiner Rede, mit welcher er am 19. Juli, nachdem die Kriegserklärung bereits erfolgt war, zu gunsten der bewaffneten Neutralität als des kleineren Uebels für Bayern eintrat, darüber Bedenken äusserte, ob die Pfälzer nicht vor den Gräueln des Krieges zurückschrecken würden, da ergriff auch der jüdische Kaufmann das Wort und rief aus:

„Ich komme aus der Pfalz und kann mitteilen, dass in der Pfalz über diese Frage eine Meinungsverschiedenheit

nicht besteht. Alle Parteien sind einig, dass man, wie es auch kommen mag, den Franzosen in den Weg treten müsse, und man ist nur darüber erstaunt, dass von Seite der königlichen Regierung noch nicht Vorkehrungen genug getroffen sind, dass noch nicht unsere Truppen da sind. Wir wollen unter allen Umständen mit Deutschland gegen Frankreich gehen, was auch daraus werde. Die Pfalz ist einmütig bereit, im Notfalle lieber unterzugehen, als schmachvoll zu bestehen unter dem Schutze Frankreichs. Die Pfalz kennt und weiss, was ihr bevorsteht, sie hat die Geisel des Krieges schon mehr als einmal, sie hat auch den Druck der Fremdherrschaft gefühlt. Meine Vaterstadt ist 114 Jahre anhaltend unter der französischen Herrschaft gestanden und will dies nicht mehr erleben. Wir wissen, dass wir von unseren norddeutschen Brüdern im Jahre 1813 von der Fremdherrschaft befreit wurden und dass wir jetzt mit ihnen gehen müssen trotz aller Gefahr. Wir rechnen auf Ihren Beistand hüben und drüben und hoffen, dass Sie uns nicht ohne Kampf untergehen lassen. Wenn Sie neutral bleiben, sind wir für Sie verloren.“¹

In den ruhigeren Zeiten, die dem Friedensschlusse folgten, ergriff Levi nur selten das Wort, um in kurzer Rede als Mitglied des Finanzausschusses über wichtige Positionen des Staatshaushalts den Bericht zu erstatten oder in gewandter Form und mit treffenden Bemerkungen über Handelsfragen sich zu äussern. Aber zahlreiche Arbeiten, insbesondere handels- und finanzpolitischen Inhalts, die sich in seinem schriftlichen Nachlass vorfinden, lassen erkennen, mit welchem Ernst und mit welcher Gründlichkeit er sich in die Aufgaben eines Parlamentariers vertieft hatte, und lassen das Bedauern begreiflich erscheinen, das seine Freunde empfanden, als er schon im Jahre 1875 eine ihm dringend angebotene Wiederwahl mit der Begründung ablehnte: „weil die Alten den jüngeren Kräften rechtzeitig Raum geben müssten; wir haben viel zu viel Alte und zu wenig Junge in den Parlamenten.“² Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlamente widmete er seine reiche Arbeitskraft bis ins höchste Greisenalter dem Dienste zahlreicher Ehrenstellen, die ihm übertragen wurden, insbesondere als Mitglied des Verwaltungsrates der Pfälzischen Eisenbahnen, in welchen er durch königliche Ernennung berufen wurde, ferner als Mitglied des Stadtrats und als Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde in Landau.

Dass dieser Mann, der allein durch eigene Tüchtigkeit emporgestiegen war zur Höhe allgemeiner Anerkennung,

¹ Vgl. „Ludwig II. und Bismarck 1870“ von Louise v. Kobell S. 15.

² Mitteilung des Hrn. Landgerichtsrats Dr. Georg Levi in Strassburg.

wenigstens in seiner engern Heimat als ein treuer Führer und Berater seiner Glaubensgenossen im noch heute nicht erledigten Kampfe um die Gleichberechtigung auf der Bresche stand, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Für sein Verständnis der in Betracht kommenden Verhältnisse bezeichnend ist ein Wort, das er Ende der fünfziger Jahre in einer in Neustadt abgehaltenen Versammlung von Israeliten gesprochen haben soll:

„Die Emanzipation erscheint mir wie ein erhöhter Punkt, dem von verschiedenen Seiten drei Parteien zustreben: die Juden, die öffentliche Meinung der Kulturvölker und die Gesetzgebung der Staaten. Nur wenn sie in dieser Reihenfolge am Ziele ankommen, wird sie auf die Dauer behauptet werden.“³

Was mochte der Mann wohl gesagt haben, als er nach den Jahren des Kampfes und des Sieges auch noch die Jahre der Enttäuschung erlebte, dass zwar die Juden und die Gesetzgebung lange schon am Ziele angelangt waren und trotzdem die öffentliche Meinung der Kulturvölker von der Höhe, die sie in den 70er Jahren bereits erreicht hatte, wieder zurückgegangen und herabgesunken war auf das Niveau der mittelalterlichen Zeiten?

Mit dem Hinweis darauf, dass Levi an dem Zustandekommen der die Verhältnisse der israelitischen Kultusgemeinden in der Pfalz regelnden Königl. Verordnung vom 27. März 1872 durch schriftliche Ausarbeitungen wie durch persönliche Konferenzen mit dem Minister Lutz einen hervorragenden Anteil hatte, können wir das Bild dieses Mannes abschliessen, dessen Eigenschaften Herr Bezirksrabbiner Dr. E i n s t e i n in Landau mit den Worten zusammenfasste:

„Ein ungemein scharfer Verstand, ein durch keinerlei Rücksichten getrübtetes klares Denken, ein rechtlicher Sinn, eine unbeugsame Tatkraft, eine unermüdliche Arbeitslust — das war sein treffliches Rüstzeug!“

V.

Geh. Hofrat Siegm. v. Henle (1821—1901). ..

In der liberalen Aera, die dem grossen Kriege folgte, entsandte die Hauptstadt des Landes in der Person des auf der Höhe des Schaffens stehenden Dr. Henle zum erstenmale einen Vertreter jüdischen Bekenntnisses in den Landtag. Es war ein Urenkel des einstigen Oberrabbiners von Bamberg und späteren Konsistorialrabbiners von Kassel, L ö b B e r -

³ Mitteilung desselben.

lin.¹ Der Reaktion, die in seine Jugendzeit fiel, hatte er einige Jahre „vergeblichen Strebens und Harrens“ zu verdanken. Die ihm übertragene Anwaltschaft in dem grossen sog. Secundogeniturprozesse, den er für den jetzigen König und damaligen Prinzen Otto gegen den jetzigen Prinzregenten Luitpold siegreich durchführte, verschaffte ihm einen weitklingenden Namen, seine Beteiligung an der Organisation und Leitung der freisinnigen Partei in München verhalf ihm zu einem Mandat, das ihm vom Jahre 1873 bis 1881 Gelegenheit bot zur Entfaltung glänzender Fähigkeiten.

Ein geistreicher, feingebildeter Redner war mit ihm in der Kammer erschienen, der mit gewählter Sprache und witzigen Wendungen ein Urteil ausdrückte, scharf einschneidend wie ein Seziermesser. Nur selten hat er das Wort ergriffen, aber seine kleinen Reden, Kabinettstückchen gemüthlicher Rethorik und immer gewürzt mit einem Körnchen attischen Salzes, hatten jedesmal einen grossen Erfolg, weil sie die Lacher immer auf seine Seite brachten. Die Ultramontanen, denen er zurief: „Ich gehöre dem Vaterlande mit gleicher Liebe an, wenn ich auch niemals der patriotischen Partei angehörte“, hatten manchen seiner wohlgezielten Angriffe abzuwehren und waren nicht seine Freunde. Als Henle, der sich besonders als Sachverständiger in Eisenbahnfragen bemerklich machte, einmal (15. Juli 1876 äusserte, ein Kleriker könne technische Fragen nicht beurteilen, antwortete ein solcher: mir fällt nie ein, mich auf den Vorredner mit dem Ausdruck zu beziehen „mein j ü d i s c h e r Herr Vorredner“, worauf ihm aus dem Hause ein vielstimmiges Pfui entgegengerufen wurde. Henle erwiderte mit der persönlichen Bemerkung: Ich bin seit vielen Jahren aus der ultramontanen Presse und auch aus der hier vertretenen Kaplanpresse gewöhnt, als Jude apostrophiert zu werden. Das aber kann ich Ihnen versichern, dass wenn ein Redner das hier im Hause wagen würde, ihm auf die Gefahr eines Ordnungsrufes hin wieder wie heute ein einfaches wohlgemeintes Pfui entgegentönen würde. Dr. v. S c h a u s s sprach bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, es möchte dem Hause der Abgeordneten ein Abwehrmittel zur Verfügung stehen, um zu verhindern, dass einem Mitgliede ungestraft seine Konfession vorgeworfen werden dürfe.

Seine Konfession, der er treu blieb, verhinderte es aber nicht, dass als Anerkennung für seine Verdienste dem Dr. Henle die höchsten Ehren zu Teil wurden. Er wurde zum Geh. Hofrat ernannt und, nachdem er bereits 1877 durch das

¹ Nähere Mittheilungen über denselben enthalten die „Nachträge zur Geschichte der Juden in Bamberg“ von A. Eckstein.

Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens vom hl. Michael ausgezeichnet wurde, erhielt er 1882 gleich seinem Bruder, dem Regierungsdirektor v. Henle, das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone mit dem persönlichen Adelsstand.

VI.

Justizrat Wolfg. Gunzenhäuser.

Um die Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts bemerkte man auf der Linken der bayerischen Abgeordnetenkammer ein Trifolium von Jsraeliten; neben dem besonders in Fragen der hohen Politik voranstürmenden Frankfurter und dem durch seinen Sarkasmus herausfordernden Dr. Henle seit Herbst 1875 auch den durch seine Besonnenheit im Urteil und Mässigung im Ausdrucke ausgezeichneten Gunzenhäuser, der sich selbst durch die Aeusserung charakterisiert: „Ein Entschluss, der im ersten Anprall, bei der ersten Besichtigung des Gegenstandes gefasst und trotz aller erheblichen Bedenken aufrecht erhalten wird, ein solcher Entschluss macht mir immer Skrupel, der streift mir zu sehr an Eigensinn. Dagegen ein Entschluss, der gefasst wird unter Aenderung der ursprünglichen Annahmen, ein solcher Entschluss gibt mir die Gewähr, dass er nach reiflicher Erwägung gefasst ist.“

Gewiss, wir müssen unser Urteil nach den Dingen richten und nicht umgekehrt die Dinge, die veränderlichen und wechselnden, nach unserem Urteile richten wollen. Das Beharren auf einer Meinung, die prima vista entstanden, ist weder Stärke noch Weisheit, sondern Rechthaberei, und diese ziemt am wenigsten dem Schöpfer des objektiven Rechtes, dem Gesetzgeber, dem Abgeordneten des Volkes, der allerdings nicht „der Nachtreter der Meinungen seiner Wähler sein darf“, vielmehr der Leiter ihrer Anschauungen sein muss, „der wohlprüfende und nach Erwägung aller Umstände entscheidende dux gregis“; sowie aber die Anschauungen und Sitten des Volkes sich geändert haben und insbesondere wenn Fortschritte auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens sich bemerkbar machen, dann wird der immer fliessende Strom des Lebens auch an dem Fels des Gesetzes nicht stehen bleiben und Halt machen. „Gesetz und Recht dürfen sich nicht forterben wie eine Krankheit“. Ein dem Bibelkundigen naheliegendes Beispiel möge das verdeutlichen:

„Die Bibel kennt die Einrichtung des Jubeljahres, jenes 50. Jahres, in welchem unter Posaunenschall Jeder zu seinem väterlichen Erbe wieder zurückkehrt. Wenn das noch bei

uns wäre, wenn Jeder wieder zu seinem väterlichen Erbe zurückkehren würde, so wäre das ein Gedanke, dem ich mich anschliessen könnte. Aber zu welchen Zuständen würden wir kommen, wer würde noch seine wirtschaftlichen Kräfte ausbeuten, wenn er sich am Ende des 50. Jahres sagen müsste: Hier ist es aus mit deiner Tätigkeit, lass ab vom Eigentum, das du bisher bebaut hast und kehre zurück zu deiner kleinen Scholle, auf der du geboren und erzogen bist!“

Das sind die Grundsätze, die den Abg. Gunzenhäuser, wie wir aus gelegentlichen Äusserungen und Geständnissen seines eigenen Mundes entnehmen, bei seinen parlamentarischen Arbeiten geleitet haben, Grundsätze, die durch ihren gesunden Realismus dem Vertreter des demokratischen Wahlkreises Fürth-Erlangen auch bei den Feinden und Gegnern der Freiheit zu einer angesehenen Stellung und anerkannten Popularität verholfen haben. Was seine parlamentarischen Arbeiten besonders interessant erscheinen lässt, das ist die Tatsache, dass die ersten Referate, die er in der Kammer lieferte, kenntnisreiche Dokumente der Gründlichkeit und lichtvollen Klarheit in edler Sprache und voll Geist, auf dem Gebiete der Landwirtschaft und in Angelegenheiten des Bauernstandes gehalten wurden. Der Mann „ohne Ar und Halm“ hat zunächst gerade auf diesem seiner eigentlichen Berufstätigkeit fernliegenden Gebiete der Landwirtschaft und Nationalökonomie eine lebhafteste Tätigkeit entfaltet. Später verlegte er den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf juristische Fachfragen und beteiligte sich am meisten bei den Beratungen über das Detail und die Einführungsbestimmungen der eingebrachten Gesetzesvorlagen, wozu ihn sein eindringender Verstand ebenso wie seine genaue Kenntnis der Rechtsgeschichte und der vormals üppig blühenden Partikularrechte bestens befähigten. Als Vorsitzender mehrerer Ausschüsse und besonders des Ausschusses für Verfassungsbeschwerden hatte er Gelegenheit zum Hervortreten aus der ihm eigenen Zurückhaltung.

Gunzenhäuser war kein Vielredner und kein Dauerredner, aber man hat beim Lesen seiner Reden das Gefühl und den Eindruck, dass die Versammlung seinen mehr durch Gediegenheit als durch Glanz ausgezeichneten Ausführungen jedesmal mit Interesse gelauscht haben muss. Gunzenhäuser besitzt nicht die gewöhnliche Beredtsamkeit von volkstümlichen Brust- und Lungenkraftrednern, die mit dem Volldampf tönender Worte den Hörer betäuben und überwältigen, er drückt sich vielmehr gewählt und dezent aus, fein stilisiert in Wortform und Satzbildung, philosophisch in der Begriffsbildung, so dass man einen akademischen Vortrag zu hören glaubt. Dabei verfügt er wie selten einer über

die Kunst, mit liebenswürdigem Humor lächelnd die Wahrheit zu sagen und die feine Klinge des Spottes zu schwingen, ohne zu verwunden, ohne zu verletzen. Kein Wunder, dass einmal einer seiner Nachredner um die Nachsicht der Kammer bat, dass er nach einem so ausgezeichneten Redner wie Gunzenhäuser das Wort zu nehmen sich erlaube.

Eine so milde, versöhnliche Natur Gunzenhäuser ist, so energisch ist er in der Abwehr persönlicher Angriffe, besonders wenn dieselben von konfessionellen Gefühlen eingegeben erscheinen. Als 1882 der Bürgermeister eines kleinen Städtchens sich die Aeusserung leistete, er beneide die Stadt Fürth nicht, dass dort eine gewisse Klasse von Menschen dominiere, antwortete Gunzenhäuser, dass ihm der parlamentarische Ausdruck fehle, um seiner Indignation über diesen Angriff auf die durch Leistungen und Opferfreudigkeit rühmlichst bekannten Israeliten von Fürth Worte leihen zu können. Als 1884 der klerikale Abgeordnete Dr. Frank, der seither durch seine lichtvollen Schriften über das Schächten, über das Verhältnis der Kirche zu den Juden und gegen die Lüge des Ritualmordes den Beweis geliefert, dass er durch ernstes Studium zur Vorurteilsfreiheit sich durchgerungen, in hämischem Tone von Lasker sprach, „über dessen Tod jetzt Israel in zwei Welten trauert“, antwortete Gunzenhäuser, der zufällig das Referat hatte, dass die „Trauer um Lasker bei jedem Deutschen, der überhaupt die Verdienste Lasker's anerkennt, eine allgemeine und nicht auf seine Glaubensgenossen beschränkte ist“. Endlich darf es Gunzenhäuser auch als Verdienst für sich in Anspruch nehmen, dass auf seine Anregung im Jahre 1881 die Kultusstiftungen gleich den Kirchenstiftungen von Kapitalrentensteuern in Bayern ausdrücklich befreit wurden.

Im Jahre 1893 zog sich Gunzenhäuser vom parlamentarischen Leben zurück. Seine im Kreise seiner Fachgenossen ungewöhnlichen Kenntnisse des Judentums und sein grosses und warmes Interesse für alle Angelegenheiten desselben hat er mit unermüdlicher Kraft als Mitglied der Verwaltung der Kultusgemeinde Fürth betätigt bis auf den heutigen Tag.

VII.

Kommerzienrat **Carl Maisón** (1840—1896).¹⁾

Dem letzten der Lebensbilder, die wir entworfen haben von den Männern jüdischen Bekenntnisses, welche als Männer des Rates den besten Teil ihrer Arbeitskraft zum

¹⁾ Quellen: Stenogr. Berichte; Trauerreden an der Bahre des Herrn C. M.; Sammlung von Zeitungsnekrologen.

Heile der Gesamtheit in den Dienst des Vaterlandes gestellt, kann die allgemeine Bemerkung vorangestellt werden, dass unter ihnen keiner sich befindet, der zu der in den Parlamenten aller Länder so häufig vorkommenden Spezies von politischen Strebern und Helden des Mundes gezählt werden könnte. Jedem von ihnen ist die öffentliche Tätigkeit eine Herzenssache gewesen und nicht eine Geschäfts-sache. Nicht der Gunst der Verhältnisse, nicht dem Zufall einer blendenden und täuschenden Rednergabe, nicht der journalistischen Rührigkeit und dem Lärm einer entfesselten Agitation hatten diese Männer ihr Emporkommen und ihr Beachtetwerden zu verdanken, sondern im Gegenteil durch Kampf gegen die Ungunst der Verhältnisse haben sie ringen müssen um die Palme der Anerkennung ihrer Fähigkeit und Tüchtigkeit. Dies gilt am meisten von Carl Maison.

Es war diesem am 18. September 1840 in Oberdorf (Württemberg) geborenen Sohne eines armen Schullehrers an der Wiege nicht vorgesungen worden, dass er von Stufe zu Stufe steigen würde zum Gipfel bürgerlichen Erfolges und dass dereinst die Kammer der bayerischen Abgeordneten seinen Worten lauschen würde. Und das hatte er einzig und allein seinem Ernst und Streben, seiner Gewissenhaftigkeit und Tüchtigkeit zu verdanken. Er war ein selfemademan im besten Sinne dieses Wortes.

Seit 1864 in München ansässig, wo er ein zu ungeahnter Blüte und zu grösstem Ansehen gelangendes Geschäfts-unternehmen begründete, wurde er im Alter von 30 Jahren von seinen Berufsgenossen zu ihrem Vertreter in der Oberbayerischen Handels- und Gewerbekammer, deren II. Vorstand er später geworden, gewählt. Sein weitschauender Blick und seine kaufmännische Bildung, die er in einsamen Feierstunden zu vertiefen und auf grossen Auslandsreisen zu erweitern unablässig bestrebt war, verhalfen ihm bald zu einer massgebenden Stellung in dieser Körperschaft, und die ausserordentliche Tätigkeit, die er da entfaltete, wurde die Brücke, auf welcher der bescheidene Mann zur Beachtung eines grösseren Kreises seiner Mitbürger gelangte. So kam es, dass die Residenzstadt zum zweitenmale und diesmal im Jahre 1887 zu einer Zeit, wo die antisemitische Bewegung auch in München bereits grosse Verheerungen angerichtet hatte, einen Juden als ihren Vertreter in den Landtag entsandte.

Das Volk von München hatte diese Wahl nicht zu bereuen. Denn in einer Zeit, wo die sozialen Fragen in den Vordergrund der allgemeinen Interessen gerückt waren, war ein Mann am Platze, der, hervorgegangen aus der Praxis und begabt mit einem feinen Gefühle für die Stimme des Volkes und mit einem offenen Auge für die Bedürfnisse des

öffentlichen Lebens, von grösseren kaufmännischen Gesichtspunkten ausgehende Gedanken in schlichter Rede und mit einem geradezu wissenschaftlichen Ernst zu entwickeln und vorzutragen verstand, welche Ziel und Richtung hatten auf die Praxis. Oft waren seine Reden von lebhaftem Beifall auf beiden Seiten des Hauses begleitet. Je länger er Mitglied der Kammer war, desto mehr entwickelte er sich zu einem Spezialisten und zu einem der bedeutendsten Fachmänner in Fragen des Verkehrs und der Handelspolitik. Die „Frankfurter Zeitung“ nannte ihn „den einzigen Mann der bayerischen Abgeordnetenversammlung, der es verstand, mit umfassender Sachkenntnis, mit klarem praktischen Urteil und weitschauendem Blick die grossen Handels- und Verkehrsfragen zu behandeln“, und bezeichnete sein Scheiden als einen Verlust, für den ein Ersatz nicht in Aussicht ist.

In Carl Maison war das Gewissen des Kaufmanns in der Kammer persönlich geworden. Daher sein Kampf für die Ehre des Kaufmannsstandes, daher sein Kampf gegen unlauteren Wettbewerb und alles Unsolide, das gerade der jüdische Kaufmann mit flammenden Worten gebrandmarkt hat. Die grossen Vermögen, die in den Händen Einzelner sich anhäufen, nannte er einen „Magnetberg“, der alles an sich zieht, und darum eine Gefahr für das wirtschaftliche Leben. Der Kaufmann hat durch die Exportindustrie den deutschen Namen gross gemacht in der Welt und darum ist die Erhaltung des ausländischen Marktes nicht nur die politische Frage, vor welcher alle anderen in den Hintergrund treten müssen, sondern geradezu eine Frage von moralischer Bedeutung, weil eine Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit. Das Wohl und Wehe Deutschlands ist nicht von einem einzelnen Stande abhängig zu machen, sondern beruht auf Solidarität der Interessen des Handels und der Landwirtschaft, zwischen welchen ein Ausgleich gefunden werden muss.

In der Zeit der antisemitischen Hochflut, deren trübe Gewässer auch über die Schwellen der Parlamente hinüberspritzten, hatte ein Mann wie Maison die Gelegenheit, nicht nur durch seine Person und seine Erscheinung auch für die Ehre des jüdischen Kaufmanns zu wirken, sondern auch Schmähworte und Angriffe gegen seine Glaubensgenossen zurückzuweisen. So z. B. mit folgender Bemerkung vom Jahre 1896: „Der Abg. Ehrhardt hat sich dagegen verwahrt, antisemitische Empfindungen zu haben. Ich begrüsse eine derartige Erklärung und sage, dass er auch dazu keinen Grund hat. Aber der Abgeordnete hat gleichzeitig erwähnt, dass die Arier auch dieselben Schliche gehen, wie andere. Damit hat er auch Nichtariern diese Schliche insinuiert. Dagegen muss ich mich feierlich verwahren.“

Besonders hat sich der famose Dr. Ratzinger keine Gelegenheit entgehen lassen, mit seinen geschmacklosen Aeusserungen über die Juden die unfreiwillige Heiterkeit seiner Zuhörer zu erregen. In der Sitzung vom 18. Mai 1896 sprach er sogar von der „Judaisierung“ der Kunst, indem er dabei auf die Nachbarschaft der Synagoge und des Künstlerhauses in München exemplifizierte. Da geht Maison endlich die Galle über und er erwidert: „Ich kann das Zeug-Dingen ziemlich reserviert verhalten habe. Aber wenn man nis für mich in Anspruch nehmen, dass ich mich in solchen aus der zufälligen Nähe der Synagoge und des Künstlerhauses den Schluss ziehen will, dass das typisch sei für das Verhältnis der Kunst zum heutigen gesellschaftlichen Leben, dann muss ich sagen, dass hier ein Vergleich gefunden wurde, der zusammenpasst wie eine Mücke mit einem Elefanten. Herr Dr. Ratzinger weiss so gut wie ich, dass die Sammlungen und die grossen Vermögen in Deutschland durchaus nicht in den Händen von Juden sind. Es gibt unter denselben ja reiche Leute. Der grosse Teil derselben aber ist auch arbeitsam, strebsam und fleissig, und speziell in Bayern sind die Angriffe, welche Herr Dr. Ratzinger sich zur Gewohnheit macht, durchaus nicht angebracht. — Meine Herren, Alles, was recht ist, Aber einmal reisst der Faden der Geduld, und wenn die Juden nur dazu da sein sollen, dass man auf sie hinaufhaut und einfach alles Ueble, was in einem Lande existiert, auf die Juden zu wälzen beabsichtigt, so muss ich, so ungerne ich in solchen Dingen das Wort ergreife, sagen: Bis hieher und nicht weiter! So lange der Nachweis, dass in speziell bayerischen Verhältnissen derartige Missverhältnisse unter den Juden existieren, nicht erbracht wird, so lange muss ich die Aeusserungen und Schlussfolgerungen des Herrn Dr. Ratzinger als nicht zutreffend nach jeder Richtung bezeichnen und auf das entschiedenste zurückweisen.“ — Der freisinnige Dr. Günther sekundierte und bezeichnete die Methode des Dr. Ratzinger, für alles, was im Volke nicht in Ordnung ist, die Bekenner einer bestimmten Religion oder die Angehörigen einer Rasse verantwortlich zu machen, als eine sittlich unzulässige Methode des Kampfes.

Man sieht, der Antisemitismus kennt kein Ansehen der Person und achtet nicht die Würde des Charakters. In wessen Bilde aber wäre diese Würde des Charakters überzeugender zur Erscheinung gekommen als in der Person Carl Maisons? Eine Schilderung seiner Charaktereigenschaften können wir nicht besser geben als mit den Worten, die wir am Schlusse dieser Darstellung aus dem Nachruf hervorheben wollen, den ihm Rabbiner Dr. Werner gewidmet:

„Carl Maison gehörte zu den Naturen, welche durch die harmonische Versöhnung von Gegensätzen das Weihe-mal einer hervorragenden Persönlichkeit empfangen haben. Es gibt Männer mit hellem Geiste, aber ohne tiefes Gemüt; diese lassen uns kalt. Es gibt wiederum Männer, in deren Busen ein warmes Herz schlägt, die aber des klaren Blickes entbehren; diese erscheinen uns als Schwärmer. Die Menschen aber, deren Kopf hell und deren Herz warm ist, sind die begnadeten Naturen, welche mit ihren Gaben Grosses erreichen können. Bei unserem Verklärten wissen wir nicht, ob seiner natürlichen Fassungskraft oder seiner innigen Gemüts-tiefe die Palme gebührt. . . . Die Beredtsamkeit, die ihn auszeichnete, was war sie anders als das zum Wort gewordene Denken und Empfinden? Denn nicht der Geist allein macht beredt und reisst hin und nicht das Gemüt allein vermag zu dauernden Taten anzuspornen; aber wer mit Geist und Herz spricht, den hat der Genius der Beredtsamkeit geküsst, jener Kunst, die unser Verklärter in den Dienst alles Guten gestellt hat.“

Maison war nämlich an den Folgen einer Erkältung, die er sich auf dem Bodensee zugezogen, schon im Alter von 56 Jahren dem Tode verfallen und am 29. Oktober 1896 mitten aus weitverzweigter Tätigkeit gerissen worden. Seine Beerdigung, an welcher mit zahlreichen Notabilitäten der Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim und der Landtagspräsident v. Walter sich beteiligten, legte Zeugnis ab von der Anerkennung, die er sich erworben. Die zahlreichen Redner, die an seinem Sarge das Wort ergriffen, rühmten ihn als musterhaftes Vorbild bürgerlicher Tugend und betonten, dass er sich stets habe leiten lassen „von der Liebe zu seiner Vaterstadt, von der Begeisterung für sein engeres Vaterland und von Treue für das gesamte deutsche Vaterland, für Kaiser und Reich bei Ausübung seiner politischen Pflichten.“ Auch die Zentrumsfraktion legte an seinem Sarge einen Kranz nieder als „Ausdruck der Hochachtung und Verehrung für den Verstorbenen.“ Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nannten ihn einen „Deutschen von echtem Schrot und Korn“ und sogar das „Vaterland“ brachte einen Nachruf, der mit folgenden Worten schliesst: „Herr Maison war einer der intelligentesten und fleissigsten Bürger, unermüdlich in allem, was er zu tun unternommen, von riesiger Arbeitskraft, persönlich ein sehr konzilianter, lebenswürdiger und hochgeachteter Mann, der auch selbst die Meinung anderer achtete und respektierte und es durch Energie und eisernen Fleiss und durch eigene Kraft vorwärts und zu hohen Ehren gebracht hat.“

Schlusswort.

Der Blick auf die Bilder, die wir im Vorstehenden von den bayerischen Parlamentariern jüdischen Glaubens entworfen haben, ist nicht ein Blick auf die Personen, sondern ein Blick auf die Vergangenheit. Die Betrachtung und Erkenntnis der Vergangenheit aber gibt uns die Maßstäbe an die Hand zur Beurteilung der Gegenwart. Man braucht kein laudator temporis acti zu sein, wenn man behauptet, dass die Gegenwart in mancher Beziehung sich zu schämen hat vor der Vergangenheit. Ein Zeichen der Zeit ist es, dass gegenwärtig im bayerischen Landtage kein einziger Vertreter israelitischen Bekenntnisses¹ vorhanden ist, und es ist auch gar keine Hoffnung und Aussicht, dass diese Arbeit über „die bayerischen Parlamentarier jüdischen Glaubens“ in absehbarer Zeit eine Fortsetzung erhalten werde. Dass wir aber keinen Vertreter unserer Rechte und unserer Interessen im Landtage mehr nötig haben, das wird niemand behaupten können, der die Verhandlungen gelesen hat, welche Ende November vorigen Jahres (1901) im bayer. Landtage stattgefunden haben. Da sind Aeusserungen getan worden, die man sonst nur in gewissen Volksversammlungen zu hören gewohnt war, und Behauptungen sind unwidersprochen geblieben, die von den bayerischen Israeliten geradezu ein abscheuliches Zerrbild gezeigt haben. Das Recht des letzten Nachtwächters im Lande und das untergeordnetste Kirchturminteresse findet einen Vertreter und Fürsprecher im Landtage, das Judentum aber sass auf der Anklagebank und hatte keinen Verteidiger.

Vielleicht in keinem Lande mehr als in Bayern haben sich die Juden der von ihnen erkämpften und errungenen Emanzipationsrechte würdiger gezeigt. In den Städten dürfen sie sich rühmen, in einem zu ihrer Anzahl in gar keinem Verhältnis stehenden Masse beigetragen zu haben zum Aufblühen der Industrie und des Handels, und der Landjude, dessen Vorfahren seit einem Jahrtausend auf der Scholle gesessen, unterscheidet sich, abgesehen von seiner Religion, kaum von seinem christlichen Nachbar, mit welchem er durchaus auf dem Fusse der Gleichheit und

¹ Gabriel Löwenstein gehört der Sozialdemokratie an, die mit dem Judentum und mit welcher das Judentum keine Gemeinschaft hat.

Freundschaft im Verkehr steht. Von einer gegen die Juden gerichteten Misstimmung der Bevölkerung war, ausser in gewissen Zeitungen, die das Hetzen als Geschäft und Gewerbe betreiben, nirgends ein Hauch zu verspüren und noch bis in die letzte Zeit hinein hatten sich die Israeliten in der Illusion gewiegt, dass es in Bayern, wo König Ludwig einst dem frommen Hofprediger und Apostel des Judenhasses das Reden und Agitieren durch sein Machtwort unmöglich gemacht, keinen Antisemitismus gibt und geben werde. Um so schmerzlicher war die Enttäuschung, welche den bayer. Israeliten durch die erwähnte Judendebatte vom 28. und 29. November bereitet wurde, und um so grösser ist die Sorge, welche sie mit allen Vaterlandsfreunden vereinigt gegenüber den dunkeln Mächten, die im Süden wie im Norden am Werke sind, um die Grundrechte der Verfassungsstaaten bezüglich der Juden einer Revision im Geiste des Mittelalters zu unterziehen.

Man beruft sich dabei auf die Stimmung der Bevölkerung. Aber diese Stimmung der Bevölkerung, wenn sie vorhanden, ist ein Kunstprodukt und nicht eine Natur-Erscheinung. Und man vergesse doch nicht, dass man mit der Rücksichtnahme auf die Stimmung der Bevölkerung sich auf eine schiefe Ebene und abschüssige Bahn begibt. In Unterfranken ist vielleicht die Stimmung der Bevölkerung gegen die Juden, in Oberbayern ist vielleicht die Stimmung der Bevölkerung gegen die Protestanten. Gestern hat man die Entdeckung gemacht, dass es zuviele Richter jüdischer Konfession gibt, morgen wird man die Entdeckung machen, dass es zuviele Rechtsanwälte jüdischer Konfession gibt. Endlich wird ein Dr. Heim der Zukunft die Entdeckung machen, dass es zuviele Schüler und zuviele Studenten jüdischer Konfession gibt, und wird, um das Uebel an der Wurzel abzuschneiden, den Antrag stellen, es möge nach dem Rezept der russischen Staatsküche den Israeliten der Besuch der mittleren und höheren Lehranstalten nur entsprechend ihrem Zahlenverhältniss zur Gesamtbevölkerung des Landes gestattet werden. Wohin steuern wir also auf diesem Wege? Soll denn schliesslich das hochentwickelte und auf seine alte Kultur mit Recht stolze Deutschland bei moskowitzischen Zuständen anlangen?

Schwer lastet der Druck der Zeiten auf allen Schichten der Bevölkerung. Die soziale Not kennt keinen Unterschied der Konfessionen. In solchen Zeiten, sollte man erwarten, müsste es den Versammlungen der kundigsten Männer aus dem Volke, die über das Wohl und Wehe des Landes zu beraten haben, klar geworden sein, dass die soziale Frage nur durch Zusammenfassung und nicht durch Entzweiung der Kräfte gelöst werden könnte, in solchen Zeiten, sollte man

erwarten, müssten die erwählten Vertreter der Volksinteressen andere Sorgen haben und mit anderen Angelegenheiten sich beschäftigen als damit, aus der Luft gegriffene Behauptungen und Aeusserungen in die Welt zu schleudern, welche geeignet sind, auf den Unternehmungsgeist der Juden auch noch einen moralischen Druck auszuüben.

Die Zeichen der Zeit erwecken den Anschein, als würde der Kampf um die Emanzipationsrechte, den wir lange schon beendet geglaubt hatten, ein Kulturkampf, weil ein Kampf um die idealsten Güter und Errungenschaften der ganzen Nation, wieder aufgenommen werden müssen. Möge die nachfolgende Generation bei diesem Kampfe auf die Vorbilder der Vergangenheit blicken, möge sie blicken auf „die bayerischen Parlamentarier jüdischen Glaubens!“

Geschichte der Juden
im
ehem. Fürstbistum Bamberg
bearbeitet
auf Grund von Archivalien, nebst urkundl. Beilagen
von
Distriktsrabbiner Dr. A. Eckstein.
Eleg. geb. 4 M., broch. 3 M., incl. Nachträge.

100 Jahre nach Pelling Nathan

Den Judenhassern zur Beschämung, ernsten Juden zur Selbstprüfung.

Von **Carl Scholl.**

Inhalt: Vorwort. — Das Humane im Judentum. — Die Unrechtlichkeit der mosaischen Gesetze. — Das Judentum und seine Weltmission. — Jesus von Nazaret auch ein Semite. — Zur Ehrenrettung des Talmud. — Zwei Antisemiten: ein Freidenker und ein Hofprediger. — Ist's nur ein Traum? — Ein vergessenes Wort von Ludwig Feuerbach.

Preis: 2.40 Mark.

Die Zustände der Fürstbistümer
Würzburg und Bamberg
zu Anfang dieses Jahrhunderts.

Geschildert in 22 im Jahre 1803 in Frankfurt a. M.
erschienenen Briefen
des russischen Majors von Tannenberg.

Preis: Mark 1.50.

Populäre
Entwickelungs-Geschichte der Erde

144 Seiten.

von **A. Schroot.**

Preis M. 1.60.

Der Verfasser schildert hier in durchaus populärer Form die Entwickelungsgeschichte von der Urzeit der Erde bis zu den Anfängen der Kultur. Auf diesem Gebiete existiert bisher noch kein für den Laien bestimmtes Werk und entspricht Schroots Werk einem wirklichen Bedürfnisse.



ung.

rf.

Von demselben Verfasser sind erschienen:
Lehrbuch und Erklärung der Stadt Salzwedel.
Salzwedel 1861.

Lehrbuch der Juden im christlichen Preussien
und Schlesien, mit einer Einleitung über
den jüdischen Glauben. 1861. 2 Bde. mit 200
Tafeln von Kupferstichen u. Holzschnitten.

Lehrbuch der Geschichte der Juden im Reich
Preussens. 1861. 4 Bde. 1 Bde. 1861. 2 Bde. 1861.

Die Verfassung des Reichs der Deutschen
im Jahre 1861. 1861. 1 Bde. 1 Mark.



Ferner erschienen:

Prädigten aus dem Rathhause von Dr. M. M. M.

Rathhause von Dr. M. M. M. in Berlin. Heraus-
gegeben von Dr. A. M. M. und Dr. B. M. M.

Vol. I. Predigten von Dr. M. M. M. (1861).

Vol. II. Pred. und Gelegenheitspredigten (1861).

Vol. III. Gelegenheitspredigten (1861).



